

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Bürgerkrieg zwischen Palästina und Israel: Für die Beendigung der Besatzung, für die Aufhebung der kolonialen Machtverhältnisse 3

Krise in Serbien: Ein Neubeginn für die amerikanisch-serbischen Beziehungen? 8

Antifaschistisches Gedenken am Volkstrauertag 12



Trotz des Schröderschen Renten-„Basta“ gehen die von den Gewerkschaften getragenen Aktionen weiter: Demonstrationen und Aktionen gegen die Rentenreform 15

Nachlese zum ÖTV-Gewerkschaftstag 16

Linke Diskussion über Bildungspolitik: Beispiele von nicht nur lokaler Bedeutung 20



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hanenet.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

FREIBETRÄGE ANHEBEN! SPD/Grüne/Union/FDP haben eine Petition zurückgewiesen, die zur Aufhebung der Benachteiligung von Behinderten aufforderte. Danach sollte bei der Einkommensteuer der steuerfreie Pauschbetrag für behinderungsbedingte Mehraufwendungen erhöht werden. Dieser Betrag ist seit 1975 unverändert, obwohl die Kosten für die besonderen Aufwendungen Behinderter enorm gestiegen sind. So müssen die Betroffenen, sofern sie dazu überhaupt in der Lage sind, mühsam Einzelnachweise sammeln und vorlegen. (Quelle: PE PDS)

KRANKENHAUSSCHLIESSUNG. Nach Berechnung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) wird bis zum Jahr 2010 jedes zehnte der zur Zeit 2.252 Krankenhäuser (mit insgesamt 565.000 Betten) geschlossen werden und das Personal entsprechend „abgebaut“. Die DKG macht das neue Krankenhaus-Vergütungssystem verantwortlich. Demnach wird ab 2003 jeder Behandlungsfall nach Art der Erkrankung des Patienten und der erforderlichen Behandlung mit einem festen Entgelt vergütet, unabhängig von der Verweildauer. Damit würden die bislang teureren Krankenhäuser insbesondere in den Ballungsgebieten gezwungen, ihre Kosten zu senken. 1999 ist die Zahl der stationären Behandlungen auf den neuen Höchststand von 16,3 Mio. gestiegen, die Verweildauer ging jedoch erneut zurück von durchschnittlich 10,7 Tage im Vorjahr auf 10,3 Tage.

WOHNEN IMMER TEURER. Nach Ansicht des Mieterbundes werden die Wohnkosten, d.h. Mieten inkl. Neben- und Heizkosten, 2001 um mehr als 4% steigen. Allein die Aufwendungen fürs Heizen werden seiner Auffassung nach pro Quadratmeter und Monat um eine Mark steigen, das bedeutet z.B. für eine 70qm große Wohnung Mehrkosten von 840 DM im Jahr. Aber auch die Kaltmieten erhöhten sich mit plus 2% schneller als in den vergangenen Jahren. Ursachen dafür seien vor allem der dramatische Rückgang des Wohnungsbaus, insbesondere des Mietwohnungsbaus (um 60%) und der Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus. Für 2001 sind lediglich noch 450 Mio. im Bundeshaushalt vorgesehen – zum Vergleich: 1993 wurden 4 Mrd. DM Bundesfördermittel bereitgestellt. In der BRD gibt es noch ca. 1,9 Mio. Sozialwohnungen, 100.000 fallen jährlich aus der Bindung heraus.

„VERBRAUCHERINSOLVENZEN“. Immer mehr private Haushalte – inzwischen 2,6 Mio. – sind überschuldet. Dabei hat sich die Zahl der sog. Verbraucherinsolvenzen auf 9.000 Fälle fast verdreifacht (Zunahme von 270%). Für 2001 rechnet die Auskunft Creditreform mit einer Verdopplung auf 18.000 Verbraucherkonkurse. Auch die Zahl der Offenbarungs-

eide explodiert: Wurden in der ersten Hälfte der 90er-Jahre jährlich ca. 400.000 entsprechender eidesstattlicher Versicherungen abgegeben, sind es 2000 bis Dezember bereits 800.000. Entsprechend nehmen Zwangsversteigerungen von Immobilien und Haftandrohungen deutlich zu. Ursachen dieser Entwicklung seien die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte personelle Ausstattung der Verbraucher- und Beraterzentralen.

STURMLAUF. Beim „Deutschen Arbeitgeber Tag“ forderte BDA-Hundt, wenn schon Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, dann ein „Drei-Säulen-Konzept“: 1. Vereinbarungslösung für alle Fragen der Organisation der Betriebsverfassung, Motto: Lasst das die Betriebe selbst entscheiden! Per Betriebsvereinbarung sollte die Organisation der Betriebsverfassung abweichend vom Gesetz geregelt werden können. 2. „Entbürokratisierung“ und Befristung von Mitbestimmungsverfahren, die Mitbestimmung dürfe nicht zur Blockade notwendiger Unternehmensentscheidungen „missbraucht“ werden. 3. Erweiterung der betrieblichen Gestaltungsräume für die rechtliche Absicherung der betrieblichen Bündnisse für Arbeit.

KREUZ- UND GLÜCKSRITTER. Der Deutsche Orden, Herr über einen Sozialkonzern mit ca. 120 Einrichtungen im Sozialbereich, ist zahlungsunfähig. Er kann weder die Gehälter noch das Weihnachtsgeld für die 5.500 Beschäftigten ausbezahlen. Der Spiegel berichtete von 280 Mio. DM Schulden, die Katholische Nachrichtenagentur bezifferte die kurzfristig benötigten Finanzmittel auf mindestens 15 Mio. DM. Die Nachfahren der Kreuzritter, die sich u.a. zwei Firmenjets halten und die Sozialeinrichtungen dem Anspruch nach jedenfalls nach Gewinn Gesichtspunkten führten, wurden jahrelang von der bayerischen Staatskanzlei gefördert. Die Kosten der Zahlungsunfähigkeit werden von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

REHABILITIERUNG. Vor allem auf stetes Drängen der PDS hat die Mehrheit des Rechtsausschusses des Bundestages einen Antrag verabschiedet, der den Bundestag auffordert, die noch immer ausstehende Wiedergutmachung für die homosexuellen Opfer des NS-Regimes zu beschließen. Die Regierung soll einen Gesetzentwurf zur Einbeziehung der Verurteilungen nach §§175 und 175a Nr. 4 RStGB in das NS-Aufhebungsgesetz vorlegen, damit würde die entwürdigende Praxis der Einzelfallprüfung beendet und Regelungen kollektiven Schadensausgleiches gefunden werden können. Keinen Fortschritt gibt es bei der Rehabilitation von Opfern der Homosexuellenverfolgung in der BRD, d.h. Streichung aus dem Strafregister und finanzielle Entschädigung.

Für die Beendigung der Besatzung, für die Aufhebung der kolonialen Machtverhältnisse

Seit Ende September halten die Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen – meist jugendlichen – Zivilisten und bewaffneten Gruppen auf der einen, der israelischen Armee und bewaffneten Siedlern auf der anderen Seite an. Rund 300 Menschen starben seither, viele Tausend wurden, z.T. erheblich, verletzt, ganz überwiegend Palästinenser, darunter viele Kinder und Jugendliche. Ein Ende der Auseinandersetzungen ist nicht in Sicht, im Gegenteil droht die Gefahr, dass sie sich ausweiten zu einem großen Krieg, der die ganze Region erfasst.

Nach seiner Position befragt, antwortete der bekannteste israelische Friedensaktivist Uri Avneri: „Rosa Luxemburg hat erklärt: ‚Zu sagen was ist, ist die revolutionärste Tat.‘ Darum muss man sagen: Was jetzt bei uns geschieht, ist nichts anderes als der nationale Freiheitskampf des palästinensischen Volkes. Es geht darum, dass Israel nach 33 Jahren Unterdrückung die Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens aufgibt, dass der Staat Palästina von der ganzen Welt (und besonders von Deutschland) anerkannt wird, dass die Prä-1967-Gren-

zen ... wiederhergestellt werden, dass Jerusalem die gemeinsame Hauptstadt Israels und Palästinas wird, dass die Siedler nach Israel zurückgebracht werden, dass eine moralische und humane Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge angenommen wird. Die israelische Friedensbewegung fordert alle Friedensfreunde in der Welt auf, dabei mitzuwirken.“ (Zitiert im Leserbrief von Pfarrer Albrecht Bausch in der FR, 16.11.)

Tatsächlich bezeichnet Uri Avneri hier die zentralen Fragen, an denen der vor sieben Jahren mit dem Abkommen von Oslo eingeleitete Friedensprozess endgültig gescheitert ist. Dies Scheitern war spätestens mit dem ergebnislosen Verlauf des Camp-David-Gipfels im Juli diesen Jahres

offensichtlich und von niemandem mehr zu übersehen. Offiziell ist das Oslo-Abkommen am 13. September ausgelaufen. Der Camp-David-Gipfel hätte die Endstatus-Regelung erarbeiten müssen. Tatsächlich hat er keine der genannten Fragen, die den Konflikt wesentlich ausma-



Panzer blockieren die Straße zwischen Nord- und Süd-Gaza

Einige Aktivitäten der israelischen Friedensbewegung

- Am 21.10 helfen jüdische-arabische Gruppen palästinensischen Bauern in Ar'ara (Wadi Ara), deren Olivenhaine zu einer „military area“ erklärt wurden und die nun befürchten, am Betreten ihrer Haine gehindert zu werden, bei der Olivenernte.
- Jüdisch-Arabische Demonstration in Haifa am 21.10. um 19.30 Uhr mit den Parolen „Ein gerechter Frieden“ und „Gleichheit für Alle“. Beteiligt sind Neve Shalom, Peace Now, Yesh Gvul, Gush Shalom, Committee Against House Demolitions, Hadash, Alternative Information Center, The Monitoring Committee der „Israel's Palestinian Citizens“.
- Jerusalem's Paris Square: jeden Tag finden ganztägige Sit-ins statt. Damit soll das Entsetzen zum Ausdruck gebracht werden angesichts der Ermordungen und angesichts des extremen Rassismus und der Brutalität innerhalb der israelischen Gesellschaft und der Polizeieinheiten. Es wird ein Ende der Besatzung gefordert.
- Am 25.10. findet in Jerusalem vor der US-Botschaft eine Demonstration statt mit der Forderung nach einer UN-Schutz-

truppe zum Schutz der Palästinenser.

Peace now demonstriert am 26.10. gegen die mögliche Aufnahme von Ariel Sharon ins Kabinett.

- Frauen demonstrierten am 3.11. am Givataim Theater (wo Barak sprechen wird) gegen eine „Regierung der Generale“ und die fortgesetzte Gewalt.

- Das Zeitalter der Generale ist vorbei – die Zeit ist reif für die Frauen! Unter diesem Motto fand am 8.11. in Tel Aviv eine Frauenkonferenz statt, an der sich Frauen sehr unterschiedlicher Organisationen beteiligten. Sie verabschiedeten die folgende Erklärung: Wir weigern uns, Männer und Frauen zu unterstützen, die in den besetzten Gebieten Militärdienst verrichten. Um die Siedlungen zu verteidigen, sind schon zu viele Menschen getötet worden. Wir haben unsere Kinder nicht aus dem Libanon herausgeholt, damit sie in den Kampf um Natzarim und Hebron geschickt werden. Frauen für einen gerechten Frieden

- Am 29.11. werden arabische und jüdische Studierende und MitarbeiterInnen der Fakultäten gleichzeitig an ihren Universitäten unter der Forderung Stoppt die Besatzung – Stoppt das Töten – Frieden zwischen Gleichen protestieren. Gefordert wird auch der Abbau der Siedlungen.

Beteiligt sind die Universitäten Tel Aviv, Haifa, Ben Gurion und Hebrew University Jerusalem.

- Das Frauenbündnis für einen gerechten Frieden ruft auf zu einer Demonstration und zu einer Mahnwache in Jerusalem am 29.12. Ihre Kernforderungen wurden auf einer Konferenz am 29.11. verabschiedet. Sie lauten:

1. Ende der Besatzung
2. Etablierung eines palästinensischen Staates in den 67er-Grenzen neben Israel
3. Anerkennung Jerusalems als gemeinsame Hauptstadt zweier Staaten.
4. Israel muss seine Verantwortung für die Folgen des Krieges von 1948 anerkennen und eine gerechte Lösung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge finden.
5. Opposition gegen den Militarismus, der die israelische Gesellschaft durchdringt.
6. Gleichheit, Integration und Gerechtigkeit für die arabischen Israelis.
7. Gleiche Rechte für Frauen und alle Einwohner Israels.
8. Die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen bei den Friedensverhandlungen.
9. Soziale und ökonomische Gerechtigkeit für die BürgerInnen Israels, sowie die Integration Israels in die Region.

Quelle: Deutsch-israelischer Arbeitskreis.
www.info@deutsch-israelischer-arbeitskreis.de/

Aufruf palästinensischer Intellektueller

Eine dringende Erklärung an die israelische Öffentlichkeit

Über 120 palästinensische Intellektuelle wandten sich, von an die 200 weiteren Personen aus aller Welt unterstützt, zum zweiten Mal mit einem Aufruf an die israelische Öffentlichkeit. Im Februar hatten sie bereits ihre „Besorgnis darüber (ausgedrückt), dass die Osloer Vereinbarungen von Israel trotz gegenteiliger Behauptungen benutzt wurden, um eine nie da gewesene Ausdehnung der Siedlungen zu schaffen, die Bevölkerung der Siedlungen fast zu verdoppeln und mit der Beschlagnahme palästinensischen Landes fortzufahren“. Im jetzigen Aufruf heißt es u.a.:

„Wir sind tief besorgt, dass der Konflikt sich zeitweise gefährlich in einen ethnisch/religiösen hochschaukelte, wie die Pogrome gegen arabische Bürger von Nazareth, das Lynchen der zwei israelischen Soldaten in Ramallah und die zahlreichen Angriffe des Mobs auf Synagogen und Moscheen gezeigt haben. Die äußerst unverantwortliche und selbstbezogene Entscheidung der Regierung Barak, Ariel Sharon auf den Haram al Sharif gehen zu lassen, zeigt nicht nur einen alarmierenden Mangel an Urteilsvermögen, sondern auch eine völlige Missachtung palästinensischer, arabischer und moslemischer Sensibilitäten. Der Gebrauch von scharfer Munition gegen unbewaffnete palästinensische Zivilisten dort am nächsten Tag und bei den Protesten seitdem zeigt die völlige Verachtung palästinensischen Lebens.

Der hartnäckige und eskalierende Einsatz der überwältigenden militärischen Macht Israels mit dem Ziel, den gegenwärtigen Aufstand niederzuschlagen und die palästinensische Bevölkerung in die Unterwerfung zu zwingen, bringt eine gefährliche und mutwillige Weigerung zum Ausdruck, die zugrunde liegenden Ursachen anzugehen.

Militärische Macht ermöglicht es zwar, die gegenwärtigen Protestwellen zu unterdrücken – was unmittelbar viele Menschenleben kostet. Langfristig jedoch kann sie den Willen eines Volkes nicht aufhalten, das seinen gerechten und rechtmäßigen Platz in der Welt sucht. Sie wird uns außerdem dazu verdammen, die derzeitige Krise wieder und wieder zu erleben.

Alle von uns glauben an einen zwischen Israelis und Palästinensern fair und gerecht ausgehandelten Frieden, der das Recht auf Selbstbestimmung anerkennt. Wir haben aber wie unser Volk die Hoffnung verloren, die momentanen Ungerechtigkeiten innerhalb des Rahmens der Vereinbarungen von Oslo und der exklusiven amerikanischen ‚Vermittlung‘ zu lösen. Wir glauben, dass wir

eine faire Basis für einen Frieden finden müssen, die notwendigerweise die folgende allgemeinen Prinzipien als Ausgangspunkt nimmt:

1. Die Verhandlungen müssen auf der Grundlage geführt werden, dass alle Gebiete, die 1967 von Israel besetzt wurden, tatsächlich besetzte Gebiete sind und dass Frieden nur erreicht werden kann, wenn die Besetzung dieser Gebiete beendet wird und die Palästinenser so in die Lage versetzt werden, ihr Recht auf Selbstbestimmung und Souveränität auszuüben.

2. Ost-Jerusalem ist Teil der palästinensischen Gebiete, die 1967 von Israel besetzt wurden. Konsequenterweise muss eine endgültige Regelung die palästinensische Souveränität über Ost-Jerusalem sowie die Verpflichtung gegenüber Jerusalem als der anerkannten Hauptstadt zweier Staaten beinhalten.

3. Israels Anerkennung seiner Verantwortung für die Verursachung der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 ist eine Voraussetzung dafür, eine gerechte und dauerhafte Lösung des Flüchtlingsproblems entsprechend der relevanten UN-Resolutionen zu finden.

4. Beide Seiten müssen die gegenseitigen spirituellen und historischen Verbundenheiten gegenüber Stätten und Orten innerhalb ihrer eigenen Grenzen anerkennen und sie müssen den gesicherten Zugang des jeweils anderen Volkes zu diesen Orten innerhalb der eigenen Grenzen zusichern und garantieren. Auf keinen Fall sollte die Existenz solcher Stätten benutzt werden, um extra-territoriale Ansprüche auf Orte innerhalb der jeweiligen Grenzen zu erheben.

Wir glauben, dass die Umsetzung dieser Prinzipien einen gerechten und deshalb echten und dauerhaften Frieden ermöglicht. Die erhoffte Koexistenz zwischen unseren Völkern kann nur ermöglicht werden, wenn ein wiederhergestelltes Friedensabkommen fair ist. Dies bedeutet die moralische Anerkennung der historischen Ungerechtigkeit, die die Palästinenser heimgesucht hat. Frieden und Koexistenz können nicht durch das Aufzwingen einer ungerechten Regelung erlangt werden, die sich gegen den Willen des Volkes richtet. Dieses Land ist dazu bestimmt, die Heimat zweier Völker zu sein. Die Notwendigkeit einer Lösung, die auf gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Übereinkunft gründet, wird nicht nur durch die Suche nach Sicherheit und Stabilität diktiert, sondern auch durch das Streben nach Freiheit und Wohlstand für künftige Generationen. Es ist unsere Hoffnung, dass aus den Tragödien der letzten Wochen eine neue und faire Vision von Frieden zwischen unseren beiden Völkern entstehen kann.“

Quelle und Übersetzung ins Deutsche: Deutsch-israelischer Arbeitskreis. Internet: www.info@deutsch-israelischer-arbeitskreis.de/



Ungleicher Kampf

chen, einer Lösung wirklich näher gebracht.

Die Frage der Siedler und der Grenzen

Vor anderthalb Jahren hätte sich Israel vertragsgemäß aus dem Großteil der besetzten Gebiete herausziehen müssen. Tatsächlich hat sich die Zahl der Siedler in den besetzten Gebieten verdoppelt, und alle israelischen Regierungen seit „Oslo“, Rabin, Netanjahu, Barak, haben diese Entwicklung betrieben. Israelische Siedlungen wurden ständig erweitert, sie schoben sich bis an den Rand palästinensischer Orte vor. Jerusalem, besonders die arabische Altstadt, wurde durch einen breiten, ständig wachsenden Siedlungsgürtel vom Westjordanland abgetrennt. Die Siedler auf palästinensischem Gebiet führen eine extra-territoriale, privilegierte Existenz, sie werden von der Armee geschützt, die die Bewegungen der Palästinenser kontrolliert. Die Palästinensische Autonomiebehörde verwaltet lediglich 12% der palästinensischen Gebiete.

Zwar erklärte sich Israel bereit, 90% des Westjordanlandes zu räumen. Doch mit den 10%, die der Staat annektieren will, würde er das Westjordanland endgültig in zwei voneinander getrennte Enklaven zerteilen. 100.000 Palästinenser würden vor die Alternative gestellt, zu weichen oder unter israelischer Hoheit zu leben.

Die Jerusalemfrage

Nach dem Camp-David-Gipfel wurde der Eindruck erweckt, dass sich die israelische Regierung in der Jerusalem-Frage bewegt habe, die Lösung aber von der palästinensischen Seite blockiert worden wäre. Tatsächlich hatte Barak kleine Zugeständnisse gemacht, er konzipierte Formen palästinensischer Autonomie in den arabischen Ortsteilen und einige Änderungen der Stadtgrenzen, die einzelne arabische Vororte in den zukünftigen Staat Palästina integriert hätten – im Gegenzug hätte Israel die großen Siedlungen am Ostrand annektiert. Aber auch

in Camp David bestand Barak auf der Gesamtsouveränität Israels über West- und Ost-Jerusalem.

Die palästinensische Seite dagegen besteht auf der Souveränität Palästinas über Ost-Jerusalem. Ein Aktivist der israelischen Friedensorganisation „Gush Shalom“ wies in einem Interview mit Radio Kalaschnikow (Marburg) darauf hin, dass diese Forderung bereits ein Kompromiss ist, da Westjerusalem vor 1948 viele palästinensische Viertel hatte, deren Bewohner vertrieben wurden. Tatsächlich hat die PLO den international noch nicht anerkannten Anspruch Israels auf Westjerusalem längst akzeptiert, ebenso wie sie den Staat Israel ausdrücklich anerkannt hat, während Israel bisher nicht mehr anerkannt hat als die PLO als Verhandlungspartner und die Palästinensische Autonomiebehörde als nicht-souveräne Behörde. Die Anerkennung eines palästinensischen Staates macht Israel vom Endstatusabkommen abhängig.

Die Flüchtlingsfrage

Israel weist die Forderung der PLO nach Anerkennung der UNO-Resolution 194, die den 1948 vertriebenen palästinensischen Flüchtlingen – es geht dabei um ca. 3,5 Millionen Menschen – ein „Recht auf Rückkehr“ zuspricht, kategorisch zurück. In Camp David wurde immerhin zugesagt, dass bis zu 100.000 Flüchtlinge im Rahmen der Familienzusammenführung zurückkehren können, und Israel scheint eine weitgehende Reparaturspflicht für beschlagnahmtes Eigentum akzeptiert zu haben. Der palästinensischen Seite geht es wohl weniger um die reale Rückkehr der Millionen Flüchtlinge, sondern darum, dass Israel das mit seiner Gründung verbundene Unrecht an den Palästinensern anerkennt und Verantwortung dafür übernimmt. Diese Forderung berührt das Selbstverständnis der israelischen Gesellschaft und der israelischen Staatsgründung im Kern. „Israel würde mit der Anerkennung der UNO-Resolution 194 sich selbst eingestehen müssen, die als Rettungstat moralisch hochgradig positiv besetzte Gründung des jüdischen Staates um den Preis der moralisch hochgradig fragwürdigen Entwurzelung der Palästinenser erkauft zu haben“, schreibt Dr. Tobias Kriener vom Deutsch-israelischen Arbeitskreis.

Ökonomische Abhängigkeit

Nicht der Aufstand der Palästinenser hat den Friedensprozess beendet. Der mit Oslo eingeleitete Verhandlungsprozess scheiterte, weil er die kolonialen Machtverhältnisse zwischen Israel und den Palästinensern nicht beendete, sondern lediglich zu modifizieren trachtete, weil er

darauf hinauslief, einen palästinensischen Kleinstaat als israelisches Protektorat zu organisieren. Mit jedem Tag wurde deutlicher, dass die umfassende Abhängigkeit eines solchen Staates der palästinensischen Gesellschaft keine Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Seit Oslo ist der Lebensstandard der Palästinenser in den besetzten Gebieten drastisch gesunken. Vor Oslo betrug das jährliche Pro-Kopf-Einkommen etwa 5.200 DM umgerechnet, heute knapp 2000 DM. Die palästinensische Wirtschaft ist fast vollständig auf Importe angewiesen. Wasser, Gas, Strom, Benzin, Heizöl, alles kommt aus Israel, ob Telekommunikation oder Straßenbau, alles hängt von Israel ab. Die Landwirtschaft produziert nicht einmal 20% der benötigten Nahrungsmittel, der Rest muss aus Israel, aus Ägypten

zwischen den größeren Orten des Westjordanlandes gesperrt, so dass auch die innere Versorgung der palästinensischen Gebiete weitgehend zum Erliegen kam. In vielen Orten haben israelische Siedler die Olivenhaine palästinensischer Bauern abgeholzt, Hunderte Hektar verbrannt, Wasserleitungen unterbrochen, die Ernte verhindert, indem sie auf Bauern schossen.

Insgesamt ist die Produktion in den vergangenen zwei Monaten um 80% zurückgegangen, der Dienstleistungssektor um 70%.

Solidarität!

Mit ihrem Aufstand verteidigen die Palästinenser lebenswichtige Interessen, vor allem das Interesse, sich frei entwickeln zu können. Die kolonialen Machtverhältnisse blockieren die Möglichkeit friedlichen Zusammenlebens aller Bewohner der Region. Eine Rückkehr zum Status Quo scheint undenkbar, selbst wenn der jetzige Aufstand militärisch niedergeschlagen und wirtschaftlich erdrosselt wird.

Ob und wie schnell eine Lösung erkämpft werden kann, die Voraussetzung für wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung und friedliches Zusammenleben aller ist – „Ende der Besatzung, Gründung des Staates Palästina im ganzen Westjordanland und im Gaza-Streifen, Jerusa-

lem als Hauptstadt beider Staaten, Abzug der Siedler und Soldaten“ (Uri Avnery in der *taz* am 15.11.) – hängt aber auch davon ab, ob und wie weit es gelingt, das Umschlagen des Bürgerkrieges in einen Religionskrieg zu verhindern. Ob die palästinensische Bewegung die Strömungen zurückdrängen kann, die immer wieder die antikolonialen Aktionen in antijüdische Ausschreitungen umzuwandeln suchen. Ob in der israelischen Gesellschaft die Gegenkräfte mobilisiert werden können gegen massiven antiarabischen Rassismus, gegen den religiös ummantelten, messianisch begründeten Expansionismus der Siedlerbewegung, der sich mit der israelischen Staatsgewalt verbindet.

Solidarität ist gefordert: mit dem antikolonialen Befreiungskampf der Palästinenser und mit der israelischen Friedensbewegung. scc

Unter den folgenden Internetadressen sind Sammlungen interessanter Artikel, Aufsätze und Dokumente zu finden:

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Nahost/Welcome.html>

www.info@deutsch-israelischer-arbeitskreis.de/



ten und Jordanien importiert werden. Ein Hauptproblem ist die von Israel kontrollierte Wasserversorgung. Schon in „normalen“ Zeiten leben in 150 Dörfern im Westjordanland insgesamt 220.000 Menschen ohne fließendes Wasser, stehen den Menschen in den besetzten Gebieten durchschnittlich 50 bis 70 Liter Wasser täglich zur Verfügung, die israelischen Siedler ungefähr das Fünffache.

Auf den Aufstand der Palästinenser antwortete Israel nicht nur mit militärischem, sondern auch mit wirtschaftlichem Krieg. Mindestens 120.000 Palästinenser, die in Israel arbeiten (anderen Zahlen sprechen von bis zu 200.000), werden an der Einreise gehindert und sind arbeitslos – bei insgesamt nur ca. 600.000 Erwerbstätigen in den besetzten Gebieten und einer Arbeitslosigkeit von 40–60% für die Betroffenen und die gesamte Wirtschaft eine Katastrophe! Israel hat die besetzten Gebiete nahezu vollständig vom Rest der Welt abgeschottet; der Außenhandel ist zusammengebrochen, Lebensmittel, Medikamente, Baubedarf, alles wird knapp. Die israelische Armee hat die Straßen

Angriffe auf Grundrechte

Im Bundesrat wurden am 1. Dezember zwei weitere Gesetzentwürfe eingebracht, die beim „Kampf gegen Rechts“ helfen sollen. Auch die SPD-PDS-Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern will jetzt das Demonstrationsrecht einschränken und härtere Strafen gegen rechte Gewalttäter möglich machen.

Die mecklenburgische Landesregierung will im Versammlungsgesetz den Paragraph 15 so ändern, dass u.a. Demonstrationen, die rassistische Ziele propagieren oder das Führerprinzip verherrlichen, künftig verboten werden können. Im Strafgesetzbuch soll bei Körperverletzungen aus rassistischen oder anderen „niedrigen Motiven“ das Strafmaß erhöht und die Möglichkeit von Haftstrafen und zum kurzen Prozess gegen solche Straftäter erweitert werden. Bei Straftaten, bei denen ein Auto genutzt wurde, soll zudem ein Fahrverbot verhängt werden können u.v.a.m. Schließlich will die Landesregierung bei der Strafzumessung (§§ 46, 47 und 56 StGB) einführen, dass Straftaten aus rassistischen oder anderen „niedrigen Motiven“ stärker bestraft werden. Das wäre ein erheblicher Schritt in Richtung Gesinnungsstrafrecht.

Die Innenministerkonferenz hatte schon eine Woche davor Bundesinnenminister Schily beauftragt, einen von SPD und CDU/CSU gemeinsam getragenen Gesetzentwurf zur Einschränkung des Versammlungsrechts vorzubereiten.

Angeblieh sollen damit Nazi-Aufmärsche an „symbolträchtigen Orten“ wie dem Brandenburger Tor oder dem Holocaust-Mahnmal in Berlin künftig verhindert werden. Solche Aufmärsche seien nicht nur eine Verhöhnung der Nazi-Opfer, sie schadeten auch dem deutschen Ansehen im Ausland, hieß es von den Innenministern.

Anstachelung zum Rassenhass oder Verharmlosung des Holocausts sind aber schon jetzt Straftaten. Zu ihrer Verfolgung braucht es keine Änderung des Demonstrationsrechts. Wenn dann die Politik noch anfängt, das „Ansehen der Bundesrepublik Deutschland“ höher einzustufen als Grundrechte von Menschen, die hier leben, ist Alarm geboten.

Zumal aus CDU/CSU-Kreisen weitere Einschränkungen des Versammlungsrechts gefordert werden, die beim Lawand-Order-Flügel der SPD auf Zustimmung stoßen dürften. Auch Berlins Innenminister Werthebach (CDU) und die CDU/CSU im Bundestag wollen § 15 des Versammlungsgesetzes ändern. Sie wollen Demonstrationen künftig auch dann untersagen können, „wenn erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere außenpolitische Be-

lange oder völkerrechtliche Verpflichtungen, verletzt werden“. Kurdische Demos gegen das NATO-Land Türkei, Demos bei Besuchen ausländischer Staatsgäste oder gegen NATO-Kriege mit deutscher Beteiligung könnten dann verboten werden.

Seit dem Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts gilt im Demonstrationsrecht, dass Demonstrationen nur verboten werden dürfen, wenn nachweislich Straftaten zu erwarten sind. Die bis dahin geltende Generalklausel „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ war seitdem als Verbotgrund außer Kraft. Allen bisher bekannten Plänen ist gemeinsam, dass sie im Ergebnis diese Generalklausel nun mehr oder weniger unverhüllt wieder in Kraft setzen. Dass damit am Ende vor allem linke Demonstrationen verboten werden, während DVU und Reps unter Losungen wie z.B. „Gegen Asylbetrug und Drogenkriminalität“ ungehindert demonstrieren, ist absehbar.

Auch die Strafrechtsverschärfungen, die jetzt als „Kampf gegen Rechts“ propagiert werden, laufen fast alle auf eine Einschränkung von Grundrechten hinaus. Am eklatantesten ist dabei aber nicht der oben genannte Entwurf aus Mecklenburg, sondern ein Gesetzentwurf aus Brandenburg von den CDU-Rechtsaußen Schönbohm und Schelter, der mit Zustimmung der SPD schon vor einigen Wochen in den Bundesrat eingebracht worden ist.

Danach soll Körperverletzung „aus Hass gegen Teile der Bevölkerung“ und „aus niedrigen Beweggründen“ generell härter bestraft werden. Schon der Vorwurf der „niedrigen Beweggründe“ kommt aus dem Arsenal der politischen Rechten und richtet sich keineswegs nur gegen Rechts.

Zudem geht eine gesetzliche Anhebung des Strafmaßes für rechte Gewalt am Problem vorbei. Das hat der Prozess in Guben wieder gezeigt. Schon die geltenden Gesetze werden von den Gerichten oft nicht ausgeschöpft. Statt dessen wird rechte Gewalt weiter bagatellisiert (aus Mord wird Körperverletzung mit Todesfolge, Brandanschläge werden zu einfacher Sachbeschädigung, schwere Körperverletzung zu Landfriedensbruch usw.).

Zusätzlich wollen Schönbohm und Schelter durch Änderung der Strafprozessordnung Haft ohne Haftgrund ermöglichen, Videoüberwachung ermöglichen und Telefonüberwachungen, bei denen die BRD ohnehin schon Weltmeister ist, künftig auch „im Vorfeld von Volksverhetzungen“, also ohne konkreten Verdacht auf eine Straftat, zulassen.

Einen weiteren Anschlag auf Grundrechte bereiten Schily und CSU-Innenminister Beckstein vor. Das G-10-Gesetz soll geändert werden. Anonyme Aussagen von V-Leuten und Abhörprotokolle des Verfassungsschutzes sollen künftig als Beweismittel im Prozess generell erlaubt werden. Bisher waren solche Beweismittel, deren Glaubwürdigkeit von der Verteidigung kaum zu überprüfen ist, nur un-

ter eng begrenzten Bedingungen erlaubt. Durch die von Schily und Beckstein geplante Generalklausel würde das Aktionsfeld der Geheimdienste ganz erheblich ausgedehnt.

Schon diese knappe Übersicht macht deutlich: Das Verbotsverfahren gegen die NPD hat insbesondere für die CDU/CSU und auch für viele SPD-Innenminister nur eine Alibifunktion. Die Parole „Kampf gegen Rechts“ wird von ihnen benutzt, um in Wirklichkeit schon lange geplante weitere massive Grundrechtseinschränkungen zu betreiben.

Das erinnert an das Republikenschutzgesetz der Weimarer Republik. Angeblich richtete es sich gegen Rechts. Zum Einsatz kam es aber immer nur gegen Linke. *rül*

Prozess gegen Andrea Klump

STUTTGART. Am 4.10.2000 hat der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts die vom Generalbundesanwalt erhobene Anklage gegen Andrea Klump wegen Mordversuchs und Mitgliedschaft in der RAF u.a. zugelassen und den Prozessbeginn auf den 28. November datiert. (...)

Andrea Klump wurde am 15.9.1999 in Wien festgenommen und am 23.12.1999 aufgrund eines Haftbefehls aus dem Jahr 1992 von Österreich an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert. Bei der Festnahmeaktion wurde der ebenfalls als RAF-Mitglied gesuchte Horst Ludwig Meyer erschossen. Andrea Klump hat sich gegenüber dem OLG Stuttgart geäußert und bestreitet, jemals Mitglied der RAF gewesen zu sein. Wie die Verteidigung in einer Presseerklärung mokierte, hat das Gericht Anträge auf vorherige Vernehmung von Zeugen, die dies bestätigen können, und dass Andrea Klump auch nicht an Anschlägen der RAF beteiligt war, abgelehnt.

Andrea Klump sagt, dass sie Anfang 1987 in den Libanon reiste und bis zu ihrer Auslieferung nie wieder in der BRD war. Laut ihrer Verteidigung hätten auch beim BKA und Verfassungsschutz Zweifel an ihrer Mitgliedschaft in der RAF bestanden. Genannt wird der VS-Führungsoffizier mit dem Decknamen „Benz“, der jahrelang das „Aussteigerprogramm“ leitete. Die Verteidigung hat seine Vernehmung gefordert, was aber das Gericht vor Prozessbeginn ablehnte. Ebenso die Vernehmung von anderen maßgeblichen ehemaligen Mitarbeitern von Verfassungsschutz und Ministerium für Staatssicherheit in der ehemaligen DDR.

In dem Prozess gegen Andrea Klump geht es nicht mehr um den Vorwurf der Beteiligung an dem tödlichen Anschlag der RAF auf den Deutsche-Bank-Chef Herrhausen. Obwohl die Auslieferung von Österreich damit begründet war, wurde das Verfahren inzwischen abgetrennt, die Ermittlungen aber weitergeführt. In dieser

Sache stützt sich die BAW seit 1992 auf den psychisch kranken früheren Verfassungsschutzspitzel S. Nonne. Der hatte auch den von „Benz“ rückgeführten Christoph Seidler beschuldigt, was kein Hindernis für die inzwischen erfolgreiche Legalisierung war, denn in dessen Prozess wurde Nonne als unglaublich angesehen. Gegen Andrea Klump läuft dieses Verfahren allerdings weiter.

Neben der Anklage der Mitgliedschaft in der RAF geht es in dem Prozess jetzt um einen versuchten Sprengstoffanschlag in Spanien im Jahr 1988 auf ein Kasino einer US-Militärbasis. Diese Aktion wird der RAF zugeordnet, die sich dazu allerdings nie erklärt hat. Die Zuordnung dieser Aktion als RAF-Aktion erfolgt wiederum aufgrund von Zeugen, die Andrea Klump erkannt haben wollen. Sollten diese Aussagen der Zeugen vom Gericht als wahr anerkannt werden, droht Andrea Klump eine langjährige Haftstrafe, möglicherweise sogar lebenslang. Die Verteidigung vermutet, dass es der BAW darum geht, fehlende Fahndungserfolge gegen die RAF zu verschleiern.

Aktuelles siehe: www.sooderso.de
(Aus: So oder So 7, Herbst 2000)



Aus der Erklärung von Andrea Klump am ersten Prozesstag:

Da ich nie in der RAF organisiert war, war ich auch nie beteiligt an deren Diskussionsprozessen; ich war auch nie integriert in deren Strukturen, Planungen, Vorbereitungen, Durchführung ihrer Aktionen; – noch habe ich für die RAF logistische oder andere Hilfeleistungen getätigt.

Deutschland habe ich im Frühjahr 1986 mit der Fahrt nach Norwegen verlassen – bzw. nach einem erneuten kurzen Zwischenstopp/Aufenthalt ...

Seit diesem Zeitpunkt im Spätsommer 1986 bis zum 23. Dezember 1999 – dem Tag meiner Auslieferung aus Österreich – war ich nie mehr in Deutschland. Auch nicht für kurze Zeit.

Die BAW will sich nicht damit abfinden, dass sie bis heute Anschläge der RAF aus den 80er Jahren nicht personell zuordnen und noch offene Akten nicht schließen kann.

Um diesem Ziel politisch dennoch näher zu kommen, will die BAW mich wider besseres Wissen als Mitglied der RAF verurteilt sehen.

Die ganze Anklageschrift ist voller unzutreffender Konstruktionen und Spekulationen der Anklagebehörde.

Dagegen werde ich mich mit allen juristischen Mitteln wehren.

•

Landkreis- und Senatswahlen ODS auf Platz 1, CSSD auf Platz 4 -

Kommunisten siegen in Ustí nad Labem

In der Tschechischen Republik fanden am 12. November die ersten Landkreiswahlen statt, durch die die neugebildeten Landkreise ihre verfassungsmäßigen Organe erhalten. Nach der Abschaffung der zentralen Staatsorgane der sozialistischen Tschechoslowakei 1989/90 löste die damalige Regierung unter Premier Petr Pithard 1990 auch alle Kreisverwaltungen auf. Danach gab es nur noch zwei Ebenen der staatlichen Verwaltung und Repräsentation: die Kommunen und die zentralen Organe (Parlament und Regierung) in Prag. Das führte dazu, dass alle Entscheidungen, die über die Belange der Gemeinden hinausgingen, in Prag getroffen werden mussten.

Als 1993, nach der Aufspaltung der Tschechoslowakei in Tschechische und Slowakische Republik, eine neue Verfassung verabschiedet wurde, sah diese wieder drei Ebenen vor – so wie es auch die einschlägigen EU-Regeln (der sog. „acquis communautaire“) vorschreiben.

Nach jahrelangen Debatten verabschiedete das Abgeordnetenhaus im Oktober 1997 das Verfassungsgesetz über die Staatsverwaltungsreform, nach dem innerhalb von drei Jahren 13 Landkreise gebildet werden sollten. Diese wurden am 1.1.2000 de jure eingerichtet, allerdings zunächst nur auf dem Papier, denn weder war schon beschlossen, was für Aufgaben und Kompetenzen die Kreise haben sollten, noch gab es die notwendigen Kreisvertretungen.

Aufgaben und Kompetenzen wurden in mehreren Gesetzen definiert, die das Parlament im Frühjahr 2000 beschloss. Danach sind die Landkreise vor allem zuständig für Mittelschulen und höhere Fachschulen, Straßen (ab III. Ordnung), Gesundheitseinrichtungen, kulturelle Einrichtungen wie regionale Museen und Galerien und für die Festlegung einer eigenen Konzeption für die Regionalentwicklung. Der Kreis hat ein eigenes Budget und kann bestimmte Gebühren erheben. Er darf Gemeinden, Bürgervereinigungen und weiteren Organisationen finanzielle Zuschüsse gewähren. Der von den Abgeordneten aus ihrem Kreis zu wählende Landeshauptmann kann darüber hinaus dem Abgeordnetenhaus Gesetzesvorschläge vorlegen und dem Verfassungsgericht die Aufhebung bestimmter Gesetze vorschlagen.

Insgesamt werden 675 Kreisvertreter gewählt: in Kreisen bis 600.000 Einwohnern hat die Kreisvertretung 45, in Kreisen bis 900.000 Einwohnern 55 und in Kreisen mit mehr als 900.000 Einwohnern 65 Mitglieder.

Von den stimmberechtigten Wählern gingen am 12. November nur 34% zur Wahl. In keinem Kreis konnte eine der Parteien eine absolute Mehrheit erringen.

Die Demokratische Bürgerpartei (ODS) kam in sieben Kreisen auf Platz 1, in fünf Kreisen auf Platz 2 und in drei Kreisen auf Platz 3. Insgesamt wird sie 185 Abgeordnete in den Kreisvertretungen haben. Die Viererkoalition belegte in fünf Kreisen den ersten, in zwei Kreisen den zweiten, in fünf Kreisen den dritten und in einem Kreis den vierten Platz. Macht insgesamt 171 Abgeordnete. Die Kommunistische Partei (KSCM) war einmal Nr. 1 (Kreis Ustí nad Labem: 28,22%), achtmal Nr. 2 und viermal Nr. 3. Sie wird insgesamt mit 171 Abgeordneten auf Kreisebene vertreten sein. Die regierenden Sozialdemokraten (CSSD) schließlich kamen in einem Kreis (Ustí nad Labem) auf den dritten, in elf Kreisen auf den vierten und in einem Kreis auf den fünften Platz. Gesamtzahl ihrer Abgeordneten: 111. Die restlichen 47 Sitze verteilen sich auf unabhängige Wählervereinigungen, Grüne usw. Die „Union für Europa“, die kürzlich in Plzen gegründet wurde und enge Beziehungen zur Sudetendeutschen Landsmannschaft pflegt, kandidierte nicht auf eigener Liste. Ihr Kandidat im Landkreis Plzen stand ganz oben auf der Liste der Grünen, erhielt aber nicht genügend Stimmen für einen Sitz.

Senatswahlen

Gleichzeitig mit den Kreiswahlen fand der erste Wahlgang der Senatswahlen statt, bei denen 27 der 81 Senatorensitze neu besetzt wurden. Bei der Senatswahl gilt das Mehrheitswahlrecht, d.h. wer die absolute Mehrheit gewinnt, kommt rein. Erreicht keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, muss eine Stichwahl durchgeführt werden.

Beim ersten Wahlgang am 12. November konnte nur ein Kandidat – der frühere Außenminister Josef Zieleniec, der für die Freiheitsunion antrat – in einem Prager Wahlbezirk mehr als 50% der Stimmen auf sich vereinigen. In allen anderen Wahlbezirken musste am 19. November ein zweiter Wahlgang stattfinden. Bei einer Wahlbeteiligung von rd. 22% verlor die ODS drei Senatorensitze (jetzt 23), die CSSD musste acht (jetzt 15) und die KSCM einen Sitz räumen (jetzt 3). Die Parteien der Viererkoalition, die bei den früheren Wahlen noch einzeln kandidiert und insgesamt 28 Sitze inne gehabt hatten, gewannen elf Sitze hinzu und kommen somit jetzt auf 39 Sitze. Schließlich werden statt vorher einem künftig zwei parteilose Abgeordnete im Senat sitzen.

R.H

Deutsch-Tschechische Nachrichten 24. Die Deutsch-Tschechischen Nachrichten werden herausgegeben von Setkání, sie erscheinen sechsmal im Jahr und können beim GNN-Verlag Süd (s. S. 2) abonniert werden: Normalabo DM 30, Förderabo DM 60

Ein Neubeginn für die amerikanisch-serbischen Beziehungen?

Von Rainer Rupp

In seiner Rede beim OSZE-Treffen in Wien kritisierte Präsident Kostunica scharf die Rolle der NATO und der Vereinten Nationen im Kosovo. Es sei offensichtlich, dass die NATO-geführte KFOR ihrer Aufgabe, militanten Kosovo-Albanern Einhalt zu gebieten, nicht ordnungsgemäß nachgekommen sei. Albanische Terroristen versuchten Serben und Albaner gleichermaßen einzuschüchtern. Kostunica warnte vor einer Ausweitung der Krise auf die gesamte Region.

Nach Angaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR) sind in den vergangenen Tagen 2.000 Menschen aus dem Presevo-Tal geflohen. Die albanische Minderheit in Südserbien, die im Presevo-Tal jedoch die Mehrheit stellt, fürchtet nach Aussage von UNHCR-Sprecher Peter Deck angeblich eine serbische Offensive. Bis zu 20.000 Menschen könnten in diesem Fall das Gebiet verlassen. Die Vereinten Nationen bereiten laut Deck Notunterkünfte in Sporthallen und anderen öffentlichen Gebäuden vor, um die Flüchtlinge aufzunehmen. Déjà vue? Die Strategie kommt einem bekannt vor. Ob die UCK diesmal wieder Erfolg damit haben wird, darf allerdings bezweifelt werden.

Sogar der britische Verteidigungsminister Geoff Hoon drückte am Montag sein Verständnis für die Reaktion von Präsident Kostunica aus: „Ich erkenne seine legitimen Sorgen wegen der Sicherheit der serbischen Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze an. Es ist deshalb wichtig, dass wir niemandem erlauben, weder die Grenze noch das Gefühl der Sicherheit der Menschen auf beiden Seiten der Grenze zu verletzen.“ („UK sees cause for Kostunica's concern over Kosovo“, Reuters, by Paul Majendie, ZAGREB, Nov 27)

Als Reaktion auf die Offensive der UCK im Presevo-Tal, der Krisenregion in Südserbien, hatte die Regierung in Belgrad Panzer und Infanterieeinheiten entlang der 5 Kilometer breiten Pufferzone zwischen Südserbien und dem Kosovo verlegt. Diese demilitarisierte Zone benutzen die Terroristen – von der KFOR weitgehend unbehelligt – als Ausgangspunkt für ihre Überfälle auf serbische Polizisten und Zivilisten. Deshalb hatte Belgrad der KFOR am Freitag ein Ultimatum gestellt, das ursprünglich am Montag um 19.00 Uhr ablaufen sollte. Wenn die NATO unfähig sei, für Sicherheit zu sorgen, dann müssten jugoslawische Soldaten das selbst tun, hieß es aus Belgrad.

Nun hat die serbische Regierung das



NATO im Kosovo

Ultimatum jedoch auf unbestimmte Zeit verlängert. Der Diplomatie solle eine Chance gegeben werden, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Nebosja Covic während eines Besuchs in der Krisenregion. Die NATO-Truppen im Kosovo seien einzig und allein dafür verantwortlich, den Rückzug der militanten Albaner aus dem Gebiet sicherzustellen, betonte Covic. Ein taktisch kluger Zug. Denn wenn die NATO nichts tut, dann wird ihr Ruf als sogenannte Friedenstruppe nur noch mehr diskreditiert. Kommt sie dagegen ihrer Verpflichtung nach und geht gegen die UCK-Terroristen vor, dann läuft die NATO Gefahr in den Augen der albanischen Terroristen vom „Befreier“ zum „Besitzer“ zu mutieren und ebenso wie die Serben zu Zielscheiben der verschiedenen UCK-Gruppen zu werden.

Geschickt hatte Präsident Kostunica am Montag die neue Krise in Südserbien ausgenutzt, um in Wien eine gefährliche diplomatische Klippe zu umschieben. Seit Wochen hat nämlich die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright über verschiedene Kanäle dem neuen jugoslawischen Präsidenten ihr Interesse an einem Zusammentreffen mit ihm signalisiert. Der eher EU-orientierte Kostunica hatte bisher aber kein Interesse an Frau Albright gezeigt, die als Hauptverantwortliche für den Angriff gegen Jugoslawien gilt. In Washington wurde der Krieg nach ihr benannt und heißt „Madeleine's War“. Mit Spannung wurde daher das OSZE-Treffen in Wien erwartet, wo auch Frau Albright zugegen sein würde. Allerdings kamen es in Wien lediglich zu einem formellen Händeschütteln und einem kurzen Austausch von Höflichkeiten zwischen Präsident Kostunica und Frau Albright, als man zur Aufnahme des bei solchen Konferenzen üblichen „Familienbildes“ der teilnehmenden MinisterInnen schritt. Auf dem Foto steht Frau Albright ganz rechts außen, während Präsident Kostunica mit der gastgebenden österrei-

chischen Ministerin im Zentrum zu sehen ist.

Auf eine amerikanische Einladung hin erklärte Kostunica, dass er keine Zeit hätte, weil er vorzeitig ins Krisengebiet nach Südserbien zurückeilen müsste. Allerdings beschwerten sich amerikanische Beobachter sofort über Kostunicas „Af-front“ gegenüber der einzigen Supermacht, weil er trotzdem Zeit gefunden habe, an einem Essen mit dem österreichischen Präsidenten Thomas Klestil und Jörg Haider teilzunehmen. Die Botschaft war deutlich: Eine Wiederaufnahme der Beziehungen kann warten, bis in Washington die neue Bush-Regierung an der Macht ist, von der sich Kostunica sich aus guten Gründen eine erhebliche Verbesserung der bilateralen Beziehungen verspricht.

Mitte November hatte in den USA eine Konferenz der führenden Mitglieder der republikanischen Denkfabriken unter Beteiligung ranghoher Mitarbeiter von republikanischen Senatoren und Abgeordneten stattgefunden, bei der über die zukünftige Balkanpolitik der Bush-Regierung debattiert wurde. Dabei kam es zu im Konsens getroffenen, geradezu sensationellen Empfehlungen an die neue Regierung Kostunica in Belgrad. So forderten die Republikaner z.B. Belgrad auf, unter keinen Umständen von dem Prinzip abzugehen, dass „das Kosovo sowohl Teil des souveränen Serbiens als auch Teil des jugoslawischen Territoriums ist“. Eine weitere Empfehlung an Kostunica lautete: „absolut keine Person an das Internationale Tribunal für Kriegsverbrechen in Jugoslawien (nach Den Haag) ausliefern“.

Bei der Konferenz wurde auch per Video eine Grußbotschaft des jugoslawischen Präsidenten Kostunica an die Konferenzteilnehmer gezeigt, die auf lebhaften Zuspruch stieß. Auf weiten Bereichen waren die Positionen der führenden außenpolitischen Berater der Republikaner deckungsgleich mit denen Kostunicas. Das deutet auf eine gute zukünftige amerikanisch-serbische Zusammenarbeit hin. Auch gaben die Republikaner Kostunica einen guten Rat zum weiteren Umgang mit der Clinton-Regierung, die den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien entfacht hatte: auf gar keinen Fall die Beziehungen verbessern – und wenn diplomatisch nicht anders möglich, dann auf höflicher, aber kühler Distanz bleiben! In Wien scheint sich Präsident Kostunica beim Umgang mit Frau Albright diesen Rat zu Herzen genommen zu haben.

Der Artikel erschien auch in der jungenWelt

Neue Enthüllungen über Massaker an Serben 1991

Neun Jahre nach einem der ersten Massaker auf dem Balkan seit der Zerschlagung Jugoslawiens kommt es zu neuen Enthüllungen. In Gaspic, Kroatien, wurden 1991 bis zu 180 Serbinnen und Serben entführt und bestialisch ermordet. Das Massaker sei geplant durchgeführt worden: Zu diesem Zweck habe es am 16. Oktober 1991 ein Treffen gegeben, um die Liquidierung aller Serben in diesem Ort zu vereinbaren. Die Aktion sei in Zusammenarbeit erfolgt mit „Nazikräften“, die in „Verbindung mit ausländischen Geheimdiensten“ standen und die in der damaligen kroatischen Führung unter Franjo Tudjman vertreten gewesen seien. Untersuchungen über das Verschwinden der Serben von Gaspic seien von der Tudjman-Regierung systematisch behindert worden.

So die Aussagen von Josip Manolic im Zeugenstand des Kriegsverbrecherprozesses in Rijeka, Kroatien. Manolic war nach 1990 kurze Zeit kroatischer Regierungschef, dann bis März 1993 der Geheimdienstchef dieses Landes. Seinen Aussagen kommt daher großes Gewicht zu. Vor allem können sie dazu beitragen, den Zerstörungsprozess der Bundesrepublik Jugoslawien, der 1990 einsetzte, genauer zu verstehen. Während das angebliche Massaker von Racak 1999 mit 45 Getöteten, das zur Rechtfertigung des NATO-Angriffskriegs auf Jugoslawien diente, bis heute als nicht aufgeklärt zu gelten hat, ist das Massaker von Gaspic mit bis zu 180 Ermordeten seit langem als kroatische Aktion gegen Serben dokumentiert. Deutlich ist, dass dieses neun Jahre alte Massaker ganz am Beginn der Spirale der Gewalt stand und damit eine Schlüsselrolle für die Eskalation und für die spätere Intervention der NATO-Staaten auf dem Balkan spielte. Bleibt die Frage: Auf welche „ausländischen Geheimdienste“ spielte der ehemalige kroatische Geheimdienstchef an, denen er eine Mitverantwortung an dem Massaker in Gaspic zuschrieb? Bekannt ist, dass die Bonner Regierung Kroatien als erste Regierung und gegen US- und EU-Widerstand 1990 anerkannte. Unbestritten ist auch, dass die Mehrzahl der an Kroatien gelieferten Rüstungsgüter ab 1990 deutschen Ursprungs ist; darunter befand sich viel NVA-Material. Interessant ist hier jedoch auch die Vergangenheit des Josip Manolic: Vor 1990 war dieser kroatischer „Nationalkommunist“ und jahrzehntelang ein maßgeblicher Geheimdienstmann im kroatischen Zweig des föderativ organisierten jugoslawischen Geheimdienstes. In dieser Position – und in enger Zusammenarbeit mit anderen kroatischen Nationalisten wie Tudjman – betrieb Manolic spätestens seit Anfang der 80er-Jahre eine Politik, die auf ein „unabhängiges Kroatien“ abzielte. Er unterhielt damals geheime Kontakte zum Bundesnachrichtendienst (BND) unter Klaus Kinkel, wie der Publizist Erich Schmidt-Eenboom in seinem Buch „Der

Schattenkrieger“ belegte. Kinkel und der BND verfolgten vor allem seit dem Tod Titos 1980 eine Politik der Destabilisierung Jugoslawiens. Kernstück dieser Politik war ein „unabhängiges Kroatien“, wozu Bündnisse mit „Nationalkommunisten“ ebenso wie mit faschistisch-kroatischen Ustascha-Kräften eingegangen wurden. *Quelle: Junge Welt 4.12.00*

Milosevic als Parteichef wiedergewählt

Der ehemalige jugoslawische Staatspräsident Milosevic wurde in Belgrad als Vorsitzender der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) bestätigt. Er erhielt 2048 von 2226 Stimmen. Milosevic ist seit der Parteigründung 1990 Vorsitzender und war einziger Kandidat. Der SPS-Chef warf auf dem Parteikongress dem Westen vor, mit „viel Geld“ einen Krieg gegen Jugoslawien zu führen. Damit solle der Verlust der Unabhängigkeit Kosovos, die Lostrennung Montenegros und der Provinz Vojvodina sowie die „Erniedrigung des serbischen Volkes“ erkaufte werden, sagte er.

Unterdessen ist Jugoslawien auch Mitglied der Zentraleuropäischen Initiative (CEI). Den Aufnahmebeschluss fassten die Regierungschefs der bisher 16 CEI-Länder aus Mittel- und Osteuropa auf ihrem jährlichen Gipfeltreffen in Budapest. Jugoslawiens Präsident Vojislav Kostunica und EU-Kommissionspräsident Romano Prodi haben in Belgrad ein Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit Jugoslawiens mit der EU unterzeichnet. Die EU mache für ihre Hilfen nicht die Auslieferung von Ex-Präsident Slobodan Milosevic an das UNO-Kriegsverbrechertribunal zur Bedingung, sagte er der Zeitung „Blic“. Der Kommissionspräsident kündigte weitere EU-Hilfen an, vor allem auf dem Energiesektor und bei der Lieferung von Medikamenten. Mit der serbischen Regierung schlossen die EU-Kommission und die Europäische Entwicklungsagentur ein Hilfsabkommen über 110 Millionen Euro (352 Millionen Mark). Vorgesehen sei das Geld für Kraftwerke, Schulen, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen sowie für Lebensmittelimporte, Medien und den Wiederaufbau.

Polen gegen „Avantgarden“ in der EU

Der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski hat in einem Beitrag für die FAZ die Weiterentwicklung der EU zur politischen Union gefordert. Kwasniewski spricht sich zwar für die Möglichkeit verstärkter Kooperation unter einzelnen Mitgliedstaaten aus, äußert sich aber skeptisch über die Schaffung von „Avantgarden“. Rundweg lehnt er den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Chirac ab, für solche Avantgarden oder Pioniergruppen ein eigenes Sekretariat zu schaffen. Positiv steht er dagegen der Idee des deutschen Außenministers Fischer gegenüber, neben dem Europäi-

schen Parlament eine Zweite Kammer aus Delegierten der nationalen Parlamente zu schaffen. Kwasniewski glaubt, dass die EU weiterhin auf zwei Grundlagen beruhen werde: Eine sei die Methode der gemeinschaftlichen Entwicklung durch supranationale Institutionen und Entscheidungen, die andere die Zusammenarbeit der nationalen Regierungen. Dies seien nicht Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Trotz der Betonung nationaler Elemente für die Weiterentwicklung der EU bekräftigt Kwasniewski, dass Polen für die Ausweitung von Mehrheitsabstimmungen eintrete.

Turbulenzen über Brief der EU-Kommission an die PKK

Ein Brief eines Referatsleiters in der EU-Kommission an das Informationszentrum der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) in Paris schlägt in der Türkei hohe Wellen. Der Leiter des Türkeireferats in der für die Erweiterung zuständigen Generaldirektion, Servantie, hatte an die PKK geschrieben, dass den ethnischen Gruppen in der Türkei fundamentale Rechte vorzuenthalten würden und dass nicht für alle Türken kulturelle Rechte wie Funksendungen und der Unterricht in ihrer Muttersprache garantiert seien. Der für die Beziehungen zur EU zuständige stellvertretende Ministerpräsident Yilmaz bezeichnete den Brief als Skandal. Das Außenministerium ließ verlauten, es sei jenseits jeglicher Vernunft, wenn sich die Kommission als Gesprächspartner eine „Terrorvereinigung“ aussuche, deren Ziel die Teilung der Türkei sei. Die Kommission hat verlauten lassen, Kommissionspräsident Prodi habe keine Kenntnis von dem Brief gehabt, und bezeichnete den Brief als höchst bedauerlichen administrativen Fehler. *Quelle: FAZ 4.12.2000*

Streit über Kompetenzen in der EU

Der für Außenbeziehungen zuständige EU-Kommissar Patten hat in einem Schreiben an die EU-Außenminister die Achtung der EU-Vertragsregeln beim internationalen Krisenmanagement gefordert. Er reagiert damit auf einen Vorschlag des Hohen EU-Beauftragten für Sicherheitspolitik, Solana. Dieser hatte sich zu den militärischen und politischen Aspekten des Krisenmanagements geäußert und dabei eine Führungsrolle für sich beansprucht. Im Mittelpunkt steht die Frage, wer unter welchen Bedingungen einen Konflikt als „Krisenfall“ einstufen kann. Patten, der für seine Bedenken Unterstützung bei den skandinavischen Ländern und in Deutschland findet, weist auf die Rolle der Gemeinschaft – und damit der Kommission beim zivilen Krisenmanagement hin. Im Konfliktfall müssten der Hohe Beauftragte, die Mitgliedstaaten und die Kommission gemeinsam Konflikte verhüten. *Quelle: FAZ 30.11.00* *Zusammenstellung: hav*

Rund um den 1. Dezember, den Welt-Aids-Tag, führten Aids-Gruppen in zahlreichen Städten Aktionen durch, die sich gegen Gleichgültigkeit und für Solidarität und Selbstschutz einsetzten. Es fanden Candle-Light-Walks statt, Menschen wurden zur Solidarität, z.B. als „Ehrenamtler für einen Tag“, aufgerufen und Spenden durch den Verkauf von Bären gesammelt. Das Bild zeigt ein Mahnmal vor dem Augsburger Stadttheater, das für einen Tag an den Tod von 86 aidsinfizierten Menschen aus dem Raum Schwaben erinnert. In Hamburg beteiligten sich 4.000 an der Aids-Benefiz-Party; Ballettchef John



Neumeier hat seit 1994 mit Ballett-Werkstätten und Galas rund 450.000 Mark für die Hilfsaktion Leuchfeuer gesammelt. In Deutschland leben 37.000 Menschen mit dem Aids-Virus, die Zahl der Erkrankten und Infizierten steigt seit Jahren an. Es ist zu befürchten, dass in Afrika in den nächsten 20 Jahren bis zu ein Drittel aller Arbeitnehmer der Epidemie zum Opfer fallen könnten. Die internationale Organisation Ärzte ohne Grenzen fordert fünf internationale Pharmakonzerne auf, ihre Preise für Aids-Medikamente in den armen Ländern sofort um 95 Prozent zu senken. www.meome.de

Protestzug von Prostitutionsmigrantinnen zur Weissfrauenkirche

FRANKFURT/MAIN. Rund 50 ausländische Prostituierte zogen am 18. November von dem Tags zuvor geschlossenen Bordell in der Elbestraße 45 zur Weissfrauenkirche in der Gutleutstraße. Dort fand auf ihren Wunsch hin ein Bittgottesdienst statt. Der gemeinsame Gang zur Weissfrauenkirche und die Teilnahme an der Andacht ist für die Frauen ein Protest gegen die inhumanen Razzien, denen sie seit nunmehr zehn Monaten ausgesetzt sind. Es ist gleichzeitig ein Akt der Solidarität mit ihrer kolumbianischen Kollegin Frau R., die am 17. November bei der Räumung des Bordells Elbestraße 45 aus Verzweiflung aus dem Fenster des zweiten Stocks sprang. Frau R. war bereits drei Wochen zuvor in eine Polizeirazzia geraten und hatte panische Angst vor einer erneuten Kontrolle und einer Abschiebung. Sie wurde mit schweren Verletzungen in die Uniklinik gebracht.

Die Frauen sammeln zur Zeit Unterschriften unter einen Appell an die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, worin diese aufgefordert wird, sich umgehend für die Einstellung der Razzien und für eine Legalisierung der Prostitutionsmigrantinnen einzusetzen. Bereits am ersten Tag haben mehr als 70 Frauen unterzeichnet. Der Protest wird von Dona Carmen e.V. organisatorisch unterstützt. *udi*

Öffentliche Dia-Show am Schillerdenkmal gegen Abschiebungen

HANNOVER. Am 8. Dezember führt das Bündnis gegen Abschiebung Hannover am Schillerdenkmal im Rahmen einer Kundgebung eine Dia-Show gegen Abschiebungen durch. Wie an anderen Orten der Bundesrepublik auch, wird im Rahmen einer Kampagne der Initiative „kein mensch ist illegal“ die Rolle der Lufthansa bei Abschiebungen über den Luftweg angeprangert. Es werden Plakate von KünstlerInnen gezeigt, die den

Zusammenhang zwischen Abschiebungen und Profit, in dem die Lufthansa verwoben ist, darstellen. Das Bündnis gegen Abschiebung verweist darauf, dass jedes Jahr aus Niedersachsen rund 4.000 Menschen abgeschoben werden, wobei dies auch über den Flughafen Langenhagen geschieht. Neben der grundsätzlichen Forderung „Grenzen auf für Alle“ setzt sich das Bündnis konkret für die Abschaffung des „Flughafenverfahrens“ ein und ermutigt Passagiere, bei Abschiebungen einzugreifen, da dies Leben retten kann. www.nadir.org/nadir/aktuell

Zwei Demonstrationen gegen die Abschiebung von Akubuo Chukwudi

BREMEN/SCHWERIN. Akubuo Anusonwi Chukwudi wurde im Büro des Bremer Menschenrechtsvereins verhaftet und ins Abschiebegefängnis Bützow (Mecklenburg/Vorpommern) gebracht. Er trat dort in unbefristeten Hungerstreik. Als Präsident der „Area Boys“, einer Jugendorganisation der bekannten nigerianischen Oppositionsbewegung OPC muss er bei der Rückkehr mit dem Tod rechnen. Obwohl sein Asylhauptverfahren noch nicht abgeschlossen ist, wurde vom VWG Schwerin am 10.7.00 der Abschiebeschutz mit der Begründung aufgehoben, „Nigeria sei lobenswert in seiner Demokratieentwicklung“ und die Verfolgung



von als gefährlich eingestuften Oppositionellen sei für Präsident Obasajo „politisch notwendig und strafrechtlich zwingend“. Daraufhin blockierten Karawanengruppen zusammen mit der „AG Junge GenossInnen“ das SPD-Büro im Landtag, besetzten kurzfristig das Innenministerium und erreichten wohlwollende Stellungnahmen von PDS und SPD-Abgeordneten. Am 25.11. fand eine Demonstration in der Innenstadt von Schwerin statt, an der ca. 250 Personen teilnahmen, die Faxpetitionen sammelten. Auch in Bremen kamen fast 400 Menschen zur Kundgebung (Bild). Vor der JVA Bützow wurde eine Mahnwache durchgeführt. Die für den 27.11. geplante Abschiebung ist zunächst ausgesetzt. Eine Entscheidung steht noch aus. www.humanrights.de/caravan/akubuo

Den „geistigen Brandstiftern“ an der Hochschule auf der Spur

JENA. Die Antifaschistische Hochschulgruppe Jena will „die Diskussion verstärken auf die geistigen Brandstifter im intellektuellen und universitären Milieu richten“, so ein Aufruf. Schon vor drei Wochen hatte die Gruppe auf den Jenaer Philosophieprofessor Dr. Günther Zehm hingewiesen. Zehm ist ständiger Mitarbeiter bei der rechtsextremen Wochenzeitung *Junge Freiheit* und hat an einer Festschrift für den verurteilten Auschwitz-Leugner David Irving mitgearbeitet. Die AntifaschistInnen sind seither damit beschäftigt, verschiedene studentische Gremien und Verwaltungsstellen der FSU zu informieren und eine Stellungnahme einzufordern. Um den Fall Zehm öffentlich zur Diskussion zu stellen, organisierte die Antifaschistische Hochschulgruppe am 30. November eine Informationsveranstaltung mit dem Titel „Neue Rechte an den Hochschulen – Volksverhetzung oder Wissenschaftsfreiheit?“ Die Veranstaltung unterstützten der Studierendenrat der FSU Jena und das Bildungswerk des DGB Thüringen.

www.japs.de/antifajh

Studentische Interessen werden gebündelt und der Verband vernetzt

BONN/HAMBURG. Mitte November fand die 17. Mitgliederversammlung des freien Zusammenschlusses von studentInnen-schaften (fzs) in Hamburg statt. In den Arbeitskreisen und im Abschlussplenum kristallisierte sich heraus, dass nach einer langen Phase des „nur Reagierens“ seitens der StudentInnenschaften nun erneut eine positive Benennung und Umsetzung der politischen Ziele durch den Dachverband stattfinden kann. Im Bereich Hochschulpolitik wird der fzs verstärkt gegen die Umstrukturierung der Hochschulen nach wirtschaftlichen Kriterien wirken. Dabei gilt es hauptsächlich, die Entdemokratisierung und Hierarchisierung der Selbstverwaltungsebenen der Hochschulen und anderer Bildungsinstitute zu stoppen. Zur verbesserten Kommunikation und gemeinsamen Entwicklung von Perspektiven wurde in Absprache mit den Strömungsverbänden LiRa, Juso-HSG, BGAhG, [solid] und interessierten StudenInnenschaften eine Kommission ins Leben gerufen: „In der zugespitzten Situation des Sozialabbaus und der neoliberalen Umgestaltung nahezu aller Bereiche der Gesellschaft ist es nötig, studentische Interessen zu bündeln. Dazu ist eine Vernetzung im Rahmen des Verbandes, befördert durch konstruktive, kontroverse Diskussionen um Inhalte, Ausrichtung und Umsetzung studentischer Politik sinnvoll.“

www.pbjacon.de/studierende-fzs

Seminar: Zensur an der Hochschule

FRANKFURT. Die GEW und das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit führen vom 26.-28. Januar 2001 in Oberreifenberg bei Frankfurt/Main ein Seminar durch zum Thema „Zensur an der Hochschule – zum politischen Mandat der Studierendenvertretungen“. Seit Beginn der 90er Jahre hat eine restriktive Rechtsprechung den Studierendenvertretun-

gen die Beschäftigung mit Themen wie Sozialabbau, Asylpolitik, Wohnungspolitik, Geschlechterverhältnis etc. untersagt und unter Strafe gestellt. Unterbunden wird damit die Auseinandersetzung über gesellschaftliche Grundlagen, die sowohl das Leben der Studierenden als auch die Ausrichtung von Forschung, Studium und Lehre bestimmen. Im Seminar sollen die unterschiedlichen Formen der Zensur im studentischen Bereich in den Zusammenhang der Zensur anderer gesellschaftlicher Teilbereiche (SchülerInnenvertretungen, Zensur am Arbeitsplatz) gestellt und Strategien sowie Maßnahmen entwickelt werden, um der derzeitigen Entwicklung an der Hochschule wieder offensiv entgegenzutreten. Weitere Infos unter: www.studis.de/pm/termine



Demonstration: Ohne Brücke und Kran gibt es keine Castortransporte

PISSELBERG/DANNENBERG. Am 3. Dezember fand wieder eine Kundgebung statt gegen den Wiederaufbau der Brücke über die Jeetzel bei Seerau/Hitzacker, damit die tonnenschweren Atomtmüllbehälter im Frühjahr 2001 nach Dannenberg rollen können (Bild). Seit Wochen notieren starke Kräfte von Polizei und BGS die Personalien eines jeden „verdächtigen“ Spaziergängers, Platzverweise werden ausgesprochen, die Baustellen und der vorübergehend stillgelegte Streckenabschnitt werden zum „gefährdeten“ Ort erklärt. Die Verladestation wird er-

weitert, mit Hilfe eines fahrbaren Krans soll der Umschlag der Castorbehälter von der Schiene auf die Straße schneller durchgeführt werden. Brücke und Kran müssen unbedingt termingerecht fertiggestellt werden, weil sich die französische Regierung derzeit weigert, abgebrannte Brennelemente aus deutschen AKW zur Plutoniumfabrik Cap de La Hague zu verfrachten, solange dort seit März 1998 die sechs Behälter mit hochradioaktiv verglasten Abfällen illegal zwischengelagert werden, die in Gorleben eingelagert werden sollen. Das Motto der Kundgebung lautete daher auch: „Ohne Brücke und Kran gibt es keine Transporte – weder nach Frankreich, noch aus der WAA nach Gorleben!“

www.oneworldweb.de/castor

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Unterstützer eines Volksbegehrens

LEIPZIG. Das Bündnis „Mehr Demokratie“ kritisiert die strafrechtliche Verfolgung von Unterschreibern des Volksbegehrens „Pro Kommunale Sparkasse“ in Sachsen. Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat gegen Bürger der Gemeinde Roßwein ein Ermittlungsverfahren wegen Wahlfälschung eingeleitet, weil sie zweimal für das Volksbegehren unterschrieben hatten. Tim Weber, Vorstandssprecher von „Mehr Demokratie“, erklärte dazu, hier werde „mit Kanonen auf Spatzen geschossen“. In einem ähnlichen Fall seien im bayerischen Memmingen 1999 alle Verfahren eingestellt worden. Bürger würden unnötig verunsichert. Für das Volksbegehren „Pro Kommunale Sparkasse“ waren in der achtmonatigen Frist bis Ende Mai 449.446 gültige Unterschriften gesammelt worden. Das Quorum von 450.000 Eintragungen wurde knapp verfehlt. In einer laufenden Klage vor dem Verfassungsgericht fechten die Initiatoren das Ergebnis an, weil der Landtag ihrer Meinung nach zu viele Eintragungen für ungültig befunden hatte.

www.mehr-demokratie.de

KARLSRUHE/NÜRNBERG.

Der II. Senat des Bundesverfassungsgerichts behandelte am 21. Nov. die Verfassungsbeschwerde der in Nürnberg lebenden Iranerin Nosrat Haj Soltani und ihrer Tochter (im Bild Mitte und 2. v. re). Nachdem sie sich Anfang des Jahres geweigert hatten, für die Anfertigung eines Reisedokuments zur Abschiebung in den Iran ein Kopftuch anzulegen, wurden sie mit gerichtlicher Genehmigung bei einem Fotografen vorgeführt und von der Polizei zum Anlegen des vom Iran verlangten Kopftuches gezwungen. Die Frauen erhoben dagegen



Verfassungsbeschwerde. Sie sehen ihre Persönlichkeitsrechte verletzt. Bayern

dürfe nicht das religiöse Gesetz des Iran vollziehen. Staatsanwalt Boettcher von der bayerischen Staatsregierung bestritt Verfassungsverstöße. Das Tragen eines Kopftuchs stelle kein religiöses Bekenntnis dar. Deshalb sei die Religionsfreiheit nicht verletzt. Als ihn die Vorsitzende, Jutta Limbach, auf das Berufsverbot für eine Lehrerin mit Kopftuch in Baden-Württ. aufmerksam machte, stolperte er dann doch über das religiöse Symbol. Einige Richter zeigten sich skeptisch, ob die Anordnung mit der Verfassung vereinbar ist. Das Urteil liegt in 3 Monaten vor. baf

Antifaschistisches Gedenken am Volkstrauertag

MANNHEIM. Die Gedenkstunde zum Volkstrauertag auf dem Mannheimer Hauptfriedhof, die seit 1990 vom „Arbeitskreis Volkstrauertag“ in entmilitarisierter Form ausgerichtet wird, war in diesem Jahr nach einhelligem Urteil der ca. 100 BesucherInnen sehr eindrucksvoll. Im Mittelpunkt standen dieses mal die Kinder und Jugendlichen als Opfergruppe von Krieg und Gewalt.

Volkstrauertag 1

Die einleitenden Worte sprach DGB-Kreisvorsitzender Max Nagel (MdL). Er zitierte Ergebnisse einer Studie, die die Mosambiquanerin Graca Marchel im Auftrag der UN erstellt hatte über Kinder in den modernen Kriegen, über getötete, traumatisierte, verwaiste, als Kindersoldaten missbrauchte Kinder. Er forderte die Regierungen auf, dem UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes endlich Taten folgen zu lassen. „Beispielsweise muss die Bundesregierung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber Flüchtlingskindern nachkommen.“ Man möchte hinzufügen: „... und gegenüber deren Eltern.“ Nagel kritisierte im übrigen besonders den Export deutscher ausgerüsteter Waffen, z.B. aus Beständen der NVA.

Eine Erzählung aus den „Geschichten aus der Löwengrube“ von Luise Rinser lasen im Anschluss vier Schülerinnen des Liselotte-Gymnasiums: Ein jüdischer Junge, in der in der Reichspogromnacht

zum Waisen gemacht, findet Aufnahme bei einer mit einem SA-Mann verheirateten Frau. Sie versteckt ihn jahrelang. Schließlich wird er dann doch noch kurz vor Kriegsende entdeckt und mit seiner Retterin nach Auschwitz deportiert. Allerdings erreichen die beiden das KZ nicht; sie kommen bereits bei einem Tief-Fliegerangriff auf den Transport ums Leben.

In das KZ Dachau führte die Erinnerung auf dem anschließenden Schweigeweg an der zweiten Station, der KZ-Gedenkstätte: Zwei Mitglieder des „Jugendzentrums in Selbstverwaltung Friedrich Dürr“ berichteten, warum der junge Mannheimer Metallarbeiter Friedrich Dürr vor über 25 Jahren Namensgeber des JUZ wurde: Friedrich Dürr hatte sich als Gefangener des KZ Dachau gegen Kriegsende zu der Gefangenengruppe gemeldet, die die SS-Bewacher unter Einsatz ihres Lebens so intensiv ablenkten und banden, dass Tausende anderer Gefangener in der Zwischenzeit fliehen konnten.

In einem zweiten Teil ihres Redebeitrags kritisierten die JUZ-Vertreter/in scharf die Halbheit des „Antirassismus“ à la Schröder, der im wesentlichen die Belange der deutschen Exportwirtschaft im Blickfeld habe, gleichzeitig aber gegen Flüchtlinge vorgehen lässt und den Ausbau der „Festung Europa“ fortsetzt.

Vor dieser Station des Schweigeweges hatte der Arbeitskreis Justiz am Gräber-

feld der Zivilopfer von einem weiteren Terrorurteil des NS-Sondergerichtes Mannheim berichtet: Von der Verurteilung zum Tode und anschließender Hinrichtung des 19-Jährigen Franz Roth, der Bücher und alkoholische Getränke aus mehreren Kellern gestohlen hatte. Die Geschädigten hatten noch vergeblich ein Gnadengesuch eingereicht.

„Erst vor zwei Jahren hat der Bundestag mit einem Gesetz eine Reihe von NS-Urteile pauschal aufgehoben. An die Opfer der NS-Justiz zu erinnern, sie persönlich, moralisch und öffentlich zu rehabilitieren, bleibt aber nach wie vor ein offenes Anliegen.“ Vielleicht nahm der anwesende SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Mark dieses Anliegen mit in seine Fraktion.

Der Schweigeweg endete am Gräberfeld der Soldaten beider Weltkriege mitten in der Gegenwart, bei dem von deutscher Seite mit betriebenen Krieg im ehemaligen Jugoslawien und seinen Folgen. Es wurde das Projekt „Ferien vom Krieg“ vorgestellt, das in Mannheim besonders von DFG-VK und Friedensplenum unterstützt wird. („Ferien vom Krieg“ c/o Komitee für Demokratie und Menschenrechte e.V., Aquinostr. 7-11, 50670 Köln. www.friedenskooperative.de/komitee/home.html).

Drei Interviews mit Kindern, die ihre Eltern und teilweise auch noch Geschwister im Jugoslawienkrieg verloren hatten, machten deutlich, wie wichtig die vom Komitee organisierten Ferienlager für traumatisierte Kinder sind. Bei diesem Projekt legt das Komitee besonderen Wert auf die Idee (und Erfahrung) des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit der „Ethnien“ im ehemaligen Jugoslawien.

Volkstrauertag 2

Nachmittags, 14.00 Uhr, veranstaltete der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) seine „zentrale“ Gedenkstunde zum Volkstrauertag vor der Trauerhalle und dann am „Soldatenehrenmal“. Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Dieter Reichardt stellte sich bei dieser Gelegenheit als neuer VDK-Vorsitzender von Mannheim vor. Eingeraht war er von CDU-Stadtratsfraktionsführer Dr. Otto, CDU-Stadtrat Brummer sowie dem CDU-Landtagsabgeordneten Georg Wacker aus Weinheim.

Unverzichtbar für diese Veranstaltung die Präsenz von fünf Waffenrocken, ausgefüllt von Reservisten der Marine, Luftwaffe, Infanterie, Panzer- und Sanitätstruppe. Ferner die Käppis und Fahne der „Marinekameradschaft von 1895 e.V.“ (Das „Deutsche Afrika-Korps“ war nach dem Tod des Fahnenträgers nicht mehr vertreten).

Reichardt bezeichnete den diesjährigen Volkstrauertag als besonders wichtig, da mit der anwesenden Riege junger Politiker die Sache des „Gedenkens an die Gefallenen beider Weltkriege“ an die

Gedenken an Widerstandskämpfer

STUTTGART. Volkstrauertag auf dem Feuerbacher Friedhof am 19. November, Rede von Janka Kluge, VVN-BdA – wir dokumentieren den einleitenden Teil

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Anwesende, wir haben uns heute hier versammelt, um die ermordeten Widerstandskämpfer und Kämpferinnen gegen das 3. Reich zu ehren und ihrer zu gedenken. Stellvertretend für die mehr als 1000 StuttgarterInnen, die wegen ihrer Gegnerschaft von den Nazis umgebracht worden sind, gedenken wir folgenden Widerstandskämpfern aus Feuerbach.

Walter Frohnmüller: Er ist von den Nazis in das sogenannte Bewährungsbataillon 999 gesteckt worden, und bei einem Einsatz gefallen.

Jakob Kraus: Er war vor 1933 Stadtrat. Von den Nazis wurde er 6 Jahre lang gefangen gehalten. Er starb am 27.1.1943 im damaligen Polizeigefängnis Büchsenstraße.

Wilhelm Noller: Er wurde von den Nazis im KZ Welzheim zum Krüppel geprügelt. Er starb dann am 8.10.1942 in der Heilanstalt Zwiefalten.

Karl Schneck: Er war vor 1933 KPD Landtagsabgeordneter in Württemberg. Die Nazis steckten ihn in das KZ Kislau. Nachdem er entlassen worden war floh er. Er verstarb in der Emigration.

Hermann Weisshaupt: Er wurde bereits 1931 von den Nazis ermordet.

Und Karl Wilhelm. Er war viele Jahre zuerst im Zuchthaus Ludwigsburg, danach im KZ Dachau inhaftiert. Nach seiner Freilassung wurde er in die SS-Strafdivision Dirlewanger gesteckt. Er ist im Januar 1945 an der Ostfront gefallen.

In seinem Gedicht „An die Nachgeborenen“ schrieb Bertold Brecht zum Schluss folgende Worte:

Ihr aber, wenn es so weit sein wird / Dass der Mensch dem Menschen ein Helfer ist / Gedenkt unsrer / Mit Nachsicht.

Lasst uns zum Andenken an die Menschen, die im Kampf gegen Hitler und die Nazis gestorben sind, eine Schweigeminute abhalten. ...

Antimilitaristischer Standpunkt beim offiziellen „Volkstrauertag“

KÖLN. Die Stadt Köln, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. und der Standortälteste der Bundeswehr in Köln luden zum Volkstrauertag am 19. November unter dem Mahnmal „Die Trauernde“ ein. Man wollte miteinander „der Toten von Krieg und Gewalt, der Opfer von Diktatur, Flucht und Vertreibung“ gedenken. Ein angemeldeter Redner der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) erhielt kein Rederecht. Wie in den Jahren zuvor erschienen 15 AktivistInnen des Friedensarbeitskreises PAX AN, der VVN und Pax Christi, um auf die offensichtliche Vermischung von Opfern und Tätern hinzuweisen. Mit einem Transparent „Die Opfer des Krieges ehren heißt: NIE WIEDER KRIEG! Auch keinen „Humanitären“!“ wollte man verhindern, dass diese Gedenkfeier zu einem Kameradschaftstreff von Bundeswehr, Ritterkreuzträgern und Schlagenden Verbindungen wird. Umso wichtiger war die Anwesenheit der Friedensbewegung, als keiner der Redner auch nur mit einem Wort die aktuellen Opfer des Krieges in Jugoslawien erwähnte, an dem die BRD mit der Bundeswehr maßgeblich beteiligt ist. *R.-R. N., Lokalberichte Köln*

nächste Generation weitergegeben worden sei. (Die einzigen jungen Menschen, die dieser Veranstaltung sonst noch beiwohnten, gehörten allerdings wohl nicht zur eigentlichen Zielgruppe der Reichardts und Ottos: Es waren ca. 20 überwiegend junge Mitglieder der rumänischen Gemeinde. Diese veranstaltet am Volkstrauertag unter Führung eines orthodoxen Geistlichen seit Jahren eine kultische Feier am Gräberfeld einiger rumänischer Soldaten, die 1917 in Mannheim in der Gefangenschaft zu Tode gekommen waren.) Der Versuch des neuen VDK-Vorsitzenden, der Veranstaltung einen ordentlichen überparteilichen Anstrich zu geben, in dem er als „Festredner“ den wohl ahnungslosen SPD-MdB Gert Weisskirchen aus Heidelberg eingeladen hatte, scheiterte an der kurzfristigen Absage von Weisskirchen. Auch Lothar Marck habe abgelehnt. Deshalb musste Freund Wacker einspringen.

Tenor beider Redner war, dass es angesichts der gegenwärtig weit verbreiteten Aufmerksamkeit gegenüber dem Rechtsradikalismus notwendig sei, auch den „Totalitarismus von links“ nicht zu vergessen. Der Volkstrauertag als Tag der „Opfer von Nationalsozialismus und Kommunismus“ – eine Formel, die nicht einmal in der Adenauerzeit Verwendung fand.

Eine neue, mehr als verschämte Tönung der kritischen Besinnung klang dann doch noch in Wackers „Festrede“

am „Soldatenehrenmal“ durch. Er wagte den alten Kämpfern auf dem Umweg über ein Zitat von François Mitterrand die Frage zuzumuten, ob eventuell einige der deutschen Soldaten auch Schuld auf sich geladen hätten.

Nachdem sich auch noch Dr. Otto als jugendlicher Bannerträger der Volkstrauer empfohlen hatte, gab VDK-Geschäftsführer Diebold das Einsatzzeichen, und schon ertönte über das Gräberfeld der Soldaten beider Weltkriege hinweg vom gegenüberliegenden alten Krematorium her die Melodie des unentbehrlichen Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“, drei Strophen, intoniert vom evangelischen Stadtposaunenchor Mannheim. Die Fahne der Marinekameradschaft senkte sich. Der Vorsitzende der Kameradschaft und die Waffenröcke stehen auf dem Podest vor dem Klotz des Soldatenehrens. Und auf der Seite neben ihnen steht – noch vom Vormittag – der Kranz zu Ehren der Deserteure...

Volkstrauertag 2001?

In diesem Jahr also schon zum dritten mal „getrenntes Trauern“. Der VDK hatte sich 1997 endgültig aus der in seiner Sicht Zwangsgemeinschaft der gemeinsamen, aber entmilitarisierten Feierstunde verabschiedet, die nach dreijähriger heftiger Auseinandersetzung 1990 schließlich mit dem Segen des OB und des damaligen Gemeinderates dem „Arbeitskreis Volkstrauertag“ zur Ausgestaltung überantwortet worden war. Seither findet am Volkstrauertag vormittags die Feierstunde des Arbeitskreises statt, mit dem Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg, verbunden immer auch mit der Kritik an einer nicht eben friedvollen Bundesrepublik – weder nach innen noch nach außen.

Nachmittags dann seit 1998 der Rückfall ins Heldengedenken. Inzwischen haben sich die Machtverhältnisse im Gemeinderat bekanntlich zu Gunsten der CDU, ML und REP verschoben, denen der entmilitarisierte Volkstrauertag von Anfang an ein Dorn im Auge war. Die Mannheimer SPD hat inzwischen wohl den Wert der entmilitarisierten Feierstunde erkannt und unterstützt sie nicht zuletzt durch prominente Präsenz. Die Grünen unterstützten den entmilitarisierten Volkstrauertag von Anfang an. CDU-Reichardt hat sogleich nach seiner Wahl zum örtlichen VDK-Vorsitzenden verlautet, er wolle mit dem DGB (als größte Organisation im Arbeitskreis Volkstrauertag) über die künftige Gestaltung reden.

Die Rechte lässt also nicht locker. Sie will für 2001 die Hoheit über die „Volkstrauer“ in Mannheim zurückgewinnen. Das Projekt „Entmilitarisierte Volkstrauertag“ hat sich inzwischen jedoch so weit gefestigt, dass es möglich sein müsste, die alten und die jungen Wilden in und um den VDK in die Schranken zu weisen. Ein Selbstläufer ist dies aber mit Sicherheit nicht. *tht*

**Dritter Kongress der Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**

Modernisiert in den nächsten Krieg?

Der Kongress führte fast 60 Menschen aus der ganzen Republik am Wochenende 25./ 26.11. in Tübingen zusammen, um mit Fachleuten insbesondere über die neue Bundeswehr 2000 zu diskutieren. Weitere Themen waren je ein Workshop zu Militärriitualen, zur Konfliktregion Kaukasus und zu Israel/Palästina.

Bruch des Grundgesetzes – Gegen Interventionsarmee

Nicht mehr der im geänderten Grundgesetz von 1956 verankerte Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, sondern ein Interventionsauftrag stehe im Mittelpunkt der neuen Ausrichtung der Bundeswehr, betonte der ehemalige Flottenadmiral der Bundeswehr Elmar Schmäling auf der Abendveranstaltung des IMI-Kongresses in Tübingen. In der Öffentlichkeit werde dieser Systembruch, der allerspätestens mit dem völkerrechts- und grundgesetzwidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien vollzogen wurde, viel zu wenig wahrgenommen. Die Abkehr vom Konzept der Landesverteidigung und die Ausrichtung auf Kriegsfähigkeit für strategische Interessen und enger werdende Ressourcen bewirke in der Bundeswehr eine Zunahme elitärer Professionalisierung. (...)

Die Reduzierung der Größe der Bundeswehr und die Wehrpflicht seien nicht die Kernfragen der überfälligen öffentlichen Debatte über die Bundeswehr, betonte Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung auf dem gleichen Werkstattgespräch. Die Kernfrage der Bundeswehr sei: Soll es eine Bundeswehr zur (Angriffs-)Kriegsführung, also eine Interventionsarmee geben? Tobias Pflüger beschrieb, dass die derzeitige Truppenstärke bei 320.000 Mann und Frau liege, die Gesamtstärke solle in der Zielgröße auf 277.000 (effektiv 255.000) reduziert werden. Zugleich soll der Anteil der Einsatzkräfte auf das fast Dreifache auf 150.000 aufgestockt werden. Diese wesentliche Aufstockung der Einsatzkräfte, die Herausbildung verschiedener Divisionen für Spezialoperationen und Luftbewegliche Operationen, die „Konzentration auf militärische Kernfunktionen“, die zunehmende Aktivität der Bundesrepublik bei der Herausbildung einer eigenständigen EU-Truppe (Deutschland stellt 18.000 von 60.000 Soldaten) und die neue NATO-Strategie bedeuteten eine qualitative Aufrüstung. Unter Rot-grün erhöhen sich nun der Gesamtmilitärhaushalt, der Anteil investiver Mittel des Militärhaushaltes (für Be-

schaftungsmaßnahmen) jeweils sichtlich und die Waffenexporte sehr deutlich. Pflüger und Schmähling waren sich absolut einig, dass es nun Ziel sein müsse, die Veränderung der Bundeswehr zur Interventionsarmee zu verhindern. Das Grundgesetz sei z.B. auch durch Einsätze des Kommando Spezialkräfte gebrochen worden.

Militärriale und „Zivilmilitärische Zusammenarbeit“

Am Samstag hatte der IMI-Kongress mit Markus Euskirchen von der Zeitschrift „ami – antimilitarismusinformation“ über die Absicherung dieser Entwicklungen durch Militärriale diskutiert. Militärriale wie Zapfenstreich oder Gelöbnis hätten die Funktion, Soldaten z.B. auf die Bundeswehr „einzuschwören“. Die spezielle Funktion des Militärs, das Kämpfen werde so „erleichtert.“ Der Tabubruch des Tötens werde durch Militärriale vorbereitet.

Der IMI-Kongress diskutierte am Sonntag „zivilmilitärische Zusammenarbeit“ anhand zweier Beispiele. Paul Schäfer und Hendrik Bullens beschrieben die Planungen und Zielsetzungen der US-Army und nachfolgend der Bundeswehr bei der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen. Dabei wurde deutlich, dass Begriffe wie „lean management“, „Outsourcing“ und „Teilprivatisierung“ nun auch auf die Bundeswehr angewandt werden sollen. Bei der Bewertung dieser Entwicklung wurden unterschiedliche Akzente gesetzt: Paul Schäfer wies daraufhin, dass eine Einbeziehung der Wirtschaft nicht automatisch eine Militarisierung der Gesellschaft bedeute. Es wurde auch die Frage gestellt, ob die Bundeswehr mit der Privatisierung sich nicht ein Kuckucksei ins Nest hole, das nicht zwangsläufig eine Effektivierung der Bundeswehr bedeuten müsse. Tobias Pflüger betonte, dass mit der Einbeziehung von Unternehmen weitere Bereiche der Gesellschaft in Kriegsführung involviert würden.

Diskutiert wurde auch mit Arno Neuber und Gerlinde Strasdeit (Stadträtin und Personalrätin am Universitätsklinikum Tübingen) die Rahmenvereinbarung zwischen Deutscher Krankenhausgesellschaft und Bundeswehr, in der eine Verzahnung von zivilen Gesundheitseinrichtungen und Bundeswehr festgeschrieben ist. Militärarisches Sanitätspersonal wird in zivilen Krankenhäusern ausgebildet, die Bundeswehr nutzt medizinische Technik, stellt Personal. (...).

Konfliktregion Kaukasus

Jürgen Wagner von IMI führte mit einem Impulsreferat in das Thema „Konfliktregion Kaukasus“ ein. Er zeigte auf, wie insbesondere die USA (egal unter welcher Regierung) mit der Forcierung bestimmter an Russland und dem Iran vorbeiführender Öl- und Gas-Pipelinerouten die Region (weiter) destabilisierten. Es geht um die Möglichkeit, möglicher-

weise reichhaltig vorhandenes Öl aus dem Bereich des Kaspischen Meeres über Pipelines z.B. über die Türkei in die Nutzerländer, sprich insbesondere westlichen Staaten, zu transportieren. Die Nato-Osterweiterung und das Nato-Kooperationsabkommen „Partnerschaft für den Frieden“ werden in Militärkreisen immer wieder als Mittel genannt, um in der Region politisch Einfluss und damit auch Zugang zum Öl zu erhalten.

Israel / Palästina

Zum aktuellen Konflikt in Israel / Palästina referierte Claudia Haydt, die gerade von einem zweiwöchigen Aufenthalt im Nahen Osten zurück war. Sie berichtete von konkreten Erfahrungen auf palästinensischer und israelischer Seite. Sie wies hiesige Medienberichte von Eltern, die ihre Kinder in die Auseinandersetzungen hetzten, deutlich zurück und beschrieb, wie sie immer wieder genau das Gegenteil erlebte, Eltern, die ihre Kinder daran hinderten Steine zu werfen. Sie sprach vom Mythos Ehud Barak im Westen. Unter Barak haben die Siedlungen israelischer Siedler im besetzten Gebiet deutlich zugenommen. Haydt sprach sich neben einer Kritik an direkter Gewalt auch insbesondere für ein Ende der strukturellen Gewalt in der Region aus, d.h. ein Ende der Absperrungen, der allnächtlichen (Kollektiv)-Bombardierungen palästinensischer Siedlungen durch israelisches Militär und ein Ende der Sonderrechte israelischer Siedler im besetzten Gebiet z.B. bei der Straßennutzung, der Wassernutzung und der Landnahme. Sie überbrachte am Ende eine Botschaft von der israelischen an die deutsche Friedensbewegung, nicht weiter zuzusehen, die sie und Tobias Pflüger in Tel Aviv von Gush Shalom übergeben bekommen hatten. Mitglieder der israelischen Friedens-Opposition erwarten aus Deutschland einerseits historisches Gewissen und Zurückweisung jeglichen Rassismus und Antisemitismus und andererseits Mut zur Position gegen israelische Regierungs- und Siedlungspolitik. (...)

Kampagne Einsatzkräfte auflösen!

Auf der Mitgliederversammlung der Informationsstelle Militarisation, die sich direkt an den IMI-Kongress anschloss, wurde nach den Rechenschaftsberichten des bisherigen Vorstandes mit Andreas Seifert und Tobias Pflüger, Jürgen Wagner, (Politikstudent aus Tübingen) in den IMI-Vorstand nachgewählt. Die Mitgliederversammlung beschloss außerdem die Initiierung einer Kampagne zur Auflösung der Einsatzkräfte der Bundeswehr. Auf der IMI-Mitgliederversammlung hieß es, dass bisherige IMI-Ideen wie die nach „qualitativer Abrüstung“ nun fortgeführt würden, Ziel sei eine Angriffsfähigkeit der Bundeswehr, angegangen werden könne dieses Ziel mit der Initiierung einer Kampagne zur Auflösung der Einsatzkräfte der Bundeswehr. BS/TP

Privatisierung: HAMBURG.

„Bei der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zieht sich die Hansestadt Hamburg immer mehr aus ihrer sozialen und arbeitsmarktpolitischen Verantwortung zurück“, sagte Sieglinde Friess, die stellvertretende Hamburger ÖTV-Vorsitzende, anlässlich der Vorstellung der neuesten Forschungsberichte des „Stadtstaatenprojekts“ der Uni Bremen. Erklärtes einseitiges Ziel bei Ausgliederungen sei immer mehr die Haushaltskonsolidierung durch Absenkung der Personalkosten. Personalabbau und Anwendung von niedrigeren Branchenlöhnen, beispielsweise aus den Bereichen Gebäudereinigung oder Gaststättengewerbe, seien die bevorzugten Instrumente. Die Tatsache, dass gerade vergleichsweise gut bezahlte Vollzeitarbeitsplätze für Frauen, wie beispielsweise im Reinigungs- und Wäschereibereich, durch Teilzeitstellen mit fünfzehn Mark Stundenlohn ersetzt wurden, werde gern unter den Tisch gekehrt.

In Hamburg gehören nach zahlreichen Ausgliederungen nur noch 59.000 Beschäftigte zur Kernverwaltung des öffentlichen Dienstes. 46.000 Personen gehören mittlerweile selbständigen und 14.000 unselbständigen öffentlichen Unternehmen an.

Einwohnerantrag: ESSEN. Verschiedene Mieterinitiativen sammeln Unterschriften unter einen Einwohnerantrag für einen besseren Mieterschutz beim Verkauf von Wohnungen oder Mietshäusern. Krupp, die Vitera und die städtische Allbau AG haben in den letzten Monaten in größerem Umfang Wohnungen verkauft, oder sind dabei, es zu tun. Der Rat soll sich dafür einsetzen, dass bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen oder dem Verkauf von Mietshäusern die Mietverträge um „eine mindestens 10-jährige Kündigungschutzfrist für alle Mieter/innen und ein lebenslanges Wohnrecht für alle jetzt 60-Jährigen, Schwerbehinderten, Frührentner und Alleinerziehenden“ ergänzt werden. „Generell gilt es jedoch, Privatisierungen zu stoppen, denn Wohnung darf nicht länger Ware sein!“ Die PDS hatte schon im August einen Antrag in den Rat eingebracht, der einige Elemente des Einwohnerantrages vorweggenommen hatte – er wurde abgelehnt. Der Rat muss einen Einwohnerantrag auf die Tagesordnung setzen, wenn er von 8.000 Einwohnern über 14 Jahre unterstützt wird.

BSE-Krise: BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) wendet sich gegen die Pläne der Bundesregierung, im Gesetz über das Tiermehlverbot vorzusehen, dass die hierdurch anfallenden erheblichen Kosten von Ländern und Gemeinden getragen wer-

den müssen. „Die bisher geltenden Regelungen hinsichtlich der Kostentragung bei der Beseitigung von Schlachtabfällen und Kadavern, die auch eine Kosten-Beteiligung der Kommunen vorsehen, können unmöglich auf die Regelungen zur Bewältigung der BSE-Krise und der Beseitigung des Tiermehls übertragen werden“, erklärte Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DStGB. „Die BSE-Krise ist ein nationales und europäisches Problem, für dessen Lösung weder die Kommunen noch die kommunalen Kassen zuständig sind“, so Landsberg.

Partnerschaft: BERLIN. Die Vizepräsidenten des Deutschen Landkreistages (DLT) und des Polnischen Landkreistages unterzeichneten in der neuen DLT-Hauptgeschäftsstelle in Berlin einen Partnerschaftsvertrag. Die Vertragsunterzeichnung schließt eine Entwicklung ab, die das Werden der neuen polnischen Landkreise und die Gründung eines Verbandes für diese Kreise unter enger Begleitung des Deutschen Landkreistages umfasste. Zum 1. Januar 1999 trat in Polen eine umfassende Verwaltungsreform in Kraft. Damit entschied sich Polen grundsätzlich für das deutsche Verwaltungssystem mit gemeindlicher und auf der Kreisebene übergeordneter Selbstverwaltung. Der Deutsche Landkreistag wirkte seit Beginn der 90er Jahre aktiv an dieser Entwicklung mit. So konnten viele Elemente der deutschen Landkreisverfassungen für das neue polnische Kreisgesetz nutzbar gemacht werden. Während der Aufbauphase beteiligten sich fünf deutsche Kreise seit 1994 im Rahmen des Transformationsprojektes der Bundesregierung an der praktischen Umsetzung der Verwaltungsreform. Nach Inkrafttreten dieser Reform konnten sehr schnell durch die Vermittlung des Polnischen und des Deutschen Landkreistages über 70 Kontakte zwischen deutschen und polnischen Landkreisen geknüpft werden. Neben dem Aufbau der Kreisverwaltungen werden Jugendaustausch, Bürgertreffen und gemeinsame Unternehmungen zur Ankurbelung der örtlichen Wirtschaft veranstaltet.

Einbürgerungen: FRANKFURT/MAIN. Die Kommunale Ausländervertretung (KAV) hat das Bundesinnenministerium aufgefordert, die Antragsfrist für den sog. Doppelpass um ein Jahr zu verlängern und die Gebühr für die Einbürgerung von derzeit 500 DM auf 100 DM zu senken. In Frankfurt hätten rund 7.000 Kinder einen Anspruch auf einen deutschen Pass. Ein entsprechender Antrag wurde bisher nur in knapp 1.000 Fällen gestellt. Die KAV führt das auf die erhöhten Gebühren und die unzureichende Informationskampagne der Stadt zurück.
Zusammenstellung: ulj

Trotz des Schröderschen Renten-„Basta“ gehen die von den Gewerkschaften getragenen Aktionen weiter. Wir dokumentieren beispielhaft Texte aus Stuttgart und Augsburg.

Demonstrationen und Aktionen gegen Rentenreform

Stuttgart: Am Dienstag, 12. Dezember 2000 Demonstration

16.30 Uhr, Marktplatz Bad Cannstatt – Demonstration von IG Medien, HBV und IG Metall, es spricht Detlef Hensche

Proteste in Stuttgarter Betrieben

Über 25.000 Beschäftigte protestierten in den letzten Wochen in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie im Raum Stuttgart gegen die geplante Rentenreform. Bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen (*Bild*) protestierten am 13. November rund 20.000 Beschäftigte dagegen, dass weiterhin befristete Arbeitsverträge möglich sind. Weiterer Kritikpunkt war,



dass die Bundesregierung bei der Rentenreform die paritätische Finanzierung aufgeben will. Bei Porsche in Zuffenhausen

machten am 16. November 3000 Beschäftigte ihren Unmut über die Regierungspläne deutlich. Erfolgreiche Aktionen gab es auch bei Behr in Feuerbach (21.11.), Porsche Weissach (9.11.), Werner & Pfleiderer Feuerbach (15.11.), LTG in Feuerbach (23.11.). Bei Dürr in Zuffenhausen wurde eine Sonder-Betriebsversammlung am 24.11. u. a. zum Thema Rentenreform durchgeführt. Bereits im Oktober protestierten die Belegschaften von Alcatel SEL bundesweit an allen Standorten. Bei DaimlerChrysler in Untertürkheim und Mettingen ruft die IG Metall am 29.11. zu Protestkundgebungen für eine sichere Rente und gegen unsichere Beschäftigungsverhältnisse auf. Bei Bosch in Feuerbach wird am 6.12. eine Protestkundgebung am Tor stattfinden.
PM, IGM

Am 7. und 13. Dezember 2000 Aktionen in Augsburg

Gegen die Rentenpläne – Widerstand ist notwendig

Auf der Delegiertenversammlung der ÖTV am 23. November in Augsburg äußerte sich Bayerns DGB-Chef Schösser zur geplanten Rentenreform: Der von Riester vorgelegte Entwurf ist nicht hinnehmbar (Absenkung des Rentenniveaus, Teilprivatisierung und Abkehr von der paritätischen Finanzierung).

Druck von unten und aus den Betrieben ist notwendig, um den oppositionellen Abgeordneten im Regierungslager den Rücken zu stärken. Auch bei der Delegiertenversammlung der IG Metall am 27. November in Gersthofen wurde an den Rentenplänen massive Kritik geübt. Mangelnder Mobilisierungswille von oben sowie ungenügende Reaktionen aus den Betrieben wurden angesprochen. Das soll sich ändern:

- Am 4. Dezember findet nun eine betriebliche Flugblattaktion statt, die die Position der Gewerkschaften zu der geplanten Rentenreform verdeutlicht.
- Außerdem führt die IG Metall am 7. Dezember um 17.00 Uhr eine Protestkundgebung gegen Riesters Pläne auf dem Augsburger Jakobsplatz durch.
- Am Mittwoch, den 13. Dezember findet von 17–19 Uhr eine Diskussionsveranstaltung der Gewerkschaften mit den Bundestagsabgeordneten der SPD (Fograscher) und der Grünen (Roth) im Kasino der AOK am Prinzregentenplatz statt.

Am besten zusammengefasst sind die Argumente und Forderungen gegen Schröder/Riester und an die Gewerkschaften in der Resolution der Funktionskonferenz der Stuttgarter IG Metall am 21. Oktober in Sindelfingen, die wir deshalb hier dokumentieren.
wae

IG-Metaller rufen auf:

Der Angriff auf die gesetzliche Rentenversicherung kann nicht im Saal abgewehrt werden

Auf die Straße gegen Renten-Demontage

Der vorliegende Regierungsentwurf zum Rentensystem zeigt, von wenigen Korrektur-Punkten abgesehen, dass die Bundesregierung nach wie vor drastische Einschnitte durchsetzen will. Alle Diskussion von DGB- und IGM-Spitze mit Schröder und Riester, Presseerklärungen, Rentengipfel, Infoveranstaltungen und Protest im Saale haben bisher nur eins bewirkt: dass die im Kern gleichen



Zur bayernweiten DGB-Protestaktion am 21. Oktober in Nürnberg, auf der ca. 5000 demonstrierenden, fuhren 4 Busse aus Augsburg.

→ Rentenpläne jetzt mit noch mehr Rechen-
tricks und Augenwischerei verkauft wer-
den.

Dafür wurde Rot-Grün nicht gewählt

Rot-Grün erfüllt damit die Forderungen, die die Arbeitgeberverbände (BDA) 1994 an die damalige CDU/FDP-Regierung gestellt hatten – die diese aber wegen des Widerstands von Gewerkschaften und Opposition nicht durchsetzen konnte. BDA und Bundesregierung ziehen heute an einem Strang, um einen System-Bruch bei den paritätisch finanzierten Sozialversicherungssystemen einzuleiten: die lohnabhängig Beschäftigten sollen für ein deutlich verschlechtertes Leistungs-niveau mehr bezahlen, die Unternehmer weniger!

Demontage der Krankenversicherung schon angekündigt

Ist der Durchbruch bei der Rente erst geschafft, wird der nächste Streich folgen: der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Die neoliberalen Ideologen der Unternehmerverbände, in den alten und neuen Regierungsparteien bereiten bereits den Boden dafür. Wenn die Gewerkschaften den Widerstand gegen Schröder/Riester's Rentenpläne nicht mit aller Konsequenz führen, kommt dies einer Einladung zum nächsten Angriff gleich.

Lohnfortzahlung '96 – schon vergessen?

Auch bei der Lohnfortzahlung 1996 waren sowohl Gesetzesänderung als auch der überhebliche Angriff der Unternehmer auf den Tarifvertrag Ergebnis der (Fehl-) Einschätzung von Kapital und Kabinett gewesen, dass die Gewerkschaften und ihre Mitglieder zu massivem Widerstand nicht mehr fähig sind. Erst massenhafte Aktionen, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen hatten Regierung und Kapital eines Besseren belehrt – und eine Wende im politischen Klima eingeleitet!

Die nahezu ergebnislosen Gespräche mit Schröder/Riester, die bisher nahezu folgenlosen Erklärungen gegen die „Rentenreform“ zeigen es überdeutlich: die Gewerkschaften müssen raus aus den Sälen, raus auf die Strassen!

Wir fordern:

- Keine Absenkung des Rentenniveaus!
- Keine Privatisierung der Altersvorsorge!
- Beibehaltung der paritätischen Finanzierung!

Für eine Wende im „politischen Klima 2000“ – durch betriebliche und überbetriebliche Aktionen, durch Demonstrationen organisiert von der IG Metall und den anderen Gewerkschaften!

Wir unterstützen die gleichlautende Resolution, die auf der Funktionärskonferenz der IG Metall am 21.10.00 in Sindelfingen von annähernd 1000 Kolleginnen und Kollegen beschlossen wurde.

Unter dieser Erklärung werden auch Unterschriften gesammelt

Nachlese – Einige ausgewählte Beschlüsse

ÖTV Gewerkschaftstag

Wie angekündigt, dokumentieren wir einige Beschlüsse des ÖTV-Gewerkschaftstages. Das Thema Tarifpolitik ist aus Zeitgründen auf den a.o. Gewerkschaftstag im März verschoben worden. Mehrere ausführliche Beschlüsse zum Thema Sozialpolitik können im Internet unter <http://www.oetv.de> nachgelesen werden. (har)

Bündnis für Arbeit

Neben Tarifpolitik und Mitbestimmung ist die gezielte Einflussnahme auf politische Entscheidungen und Rahmenbedingungen ein bedeutender Bestandteil gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Das von Gewerkschaften geforderte Politikmodell eines Bündnisses für Arbeit ist dabei für bestimmte Themen ein geeignetes Handlungsfeld. Die Beteiligung der Gewerkschaften ist jedoch kein Selbstzweck, sondern muss von den Ergebnissen her bewertet werden.

Die bisherigen Erfahrungen im Rahmen des Bündnisses für Arbeit der derzeitigen Bundesregierung werden allerdings trotz einiger Erfolge von ArbeitnehmerInnen und ihren Gewerkschaften eher kritisch bis negativ bilanziert. Wenig durchschaubare Entscheidungsabläufe, kaum erkennbare strategische Koordination gewerkschaftlicher Einflussnahme und der Verdacht von Absprachen über die Begrenzung von Tarifabschlüssen verstärken diese skeptische Haltung.

Der Gewerkschaftstag fordert den Hauptvorstand, die ÖTV-VertreterInnen in den Gremien des Bündnisses für Arbeit und alle anderen beteiligten GewerkschafterInnen auf,

- die politischen Themen im Bündnis für Arbeit im Sinne einer gewerkschaftlichen Profilierung unter breiter Beteiligung zu entwickeln und vorzubereiten,
- die strategische Vorgehensweise der Gewerkschaftsvertreter im Bündnis für Arbeit mit den verantwortlichen Gremien auf Bundesebene stärker zu vernetzen,
- durch geeignete Maßnahmen eine breitere und intensivere Information und Diskussion über die Themen und Entscheidungsprozesse im Bündnis für Arbeit zu ermöglichen,
- dafür zu sorgen, dass auch in diesem zentralen politischen Handlungsfeld die Geschlechterdemokratie durch die Beteiligung von Frauen gesichert wird, und
- allen Versuchen der direkten und indirekten Einflussnahme auf die Tarifautonomie durch Bundesregierung und Arbeitgeber entschieden und öffentlich entgegen zu treten.

Diese Kriterien sind auch wesentliche Maßstäbe für den Haupt-

vorstand zur Bewertung der jeweiligen Aktivitäten im Bündnis.

Beschäftigungsförderungsgesetz

Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert:

1. das Beschäftigungsförderungsgesetz 1985, zuletzt verlängert bis 31.12.2000, nicht über den Zeitpunkt hinaus zu verlängern;
2. Befristungen von Arbeitsverhältnissen nur noch zu ermöglichen bei Vorliegen eines sachlichen Grundes.

Erklärung zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte

Die ÖTV unterstützt und unterzeichnet die Erklärung zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und unterstützt örtliche und überörtliche Aktivitäten zu diesem Thema.

NPD-Verbot

Der Gewerkschaftstag der ÖTV vertritt die Auffassung fest, dass die NPD bzw. ihre Jugendorganisation (JN) verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und durch ihre Politik hochgradig mitverantwortlich ist für die rechtsradikalen Übergriffe in der Bundesrepublik Deutschland. Ziel der NPD ist es, die demokratische Verfassung unseres Landes zu zerstören. Die NPD ist die wichtigste Stütze der militanten rechtsextremen Szene. Gerade das Parteienprivileg ermöglicht es der NPD Veranstaltungen zu organisieren, Säle zu mieten und die staatliche Parteifinanzierung in Anspruch zu nehmen.

Wir treten für ein Verweigerungsrecht ein, das es Beschäftigten ermöglicht, ihre Mitwirkung an Produktion und Verbreitung von rechtsextremer Propaganda zu verweigern.

Die Gewerkschafts ÖTV unterstützt deshalb die Bundesregierung, den Bundesrat und den Bundestag bei ihren Bestrebungen, ein Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten.



Der Gewerkschaftstag stellt fest, dass ein Mitgliedschaft in der NPD oder einer anderen rechtsextremistischen Partei und der Gewerkschaft ÖTV nicht vereinbar ist und fordert den Hauptvorstand auf, entsprechende Schritte einzuleiten.

Der gHV wird aufgefordert, unmittelbar ein Konzept zu erarbeiten und auf allen Ebenen der Gewerkschaft einzubringen: Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

- Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft
- Verbesserung der Migrations- und konsequenten Antidiskriminierungspolitik
- Einschränkung des Aktionsradius der Rechtsextremen

Doppelte Staatsbürgerschaft

Die Gewerkschaft ÖTV wird sich weiterhin für die doppelte Staatsbürgerschaft einsetzen und dieses Ziel weiter verfolgen.

Den nächsten Krieg verhindern

Mit der Verhinderung des nächsten Krieges muss jetzt begonnen werden. Deshalb werden wir uns als GewerkschafterInnen in der ÖTV und mit andern verstärkt für folgende Forderungen einsetzen:

- Für zivile Konfliktlösungen statt weltweiter Bundeswehr- und NATO-Einsätze;
- für Abrüstung und gegen neue Rüstungsprojekte;
- für Konversion in der Rüstungsindustrie;
- gegen den Umbau der Bundeswehr zur weltweiten Eingreiftruppe;
- gegen die Militarisierung Europas durch Aufbau einer Euro-Streitmacht;
- für die weltweite Ächtung von uranhaltigen Geschossen und Kassettenbomben sowie Landminen;
- für eine Wirtschaftshilfe für die von Kriegsfolgen betroffenen Länder.

Die ÖTV wird diese Forderung zusammen mit dem DGB gegenüber der Regierung und der Öffentlichkeit in Stellungnahmen verbreiten und in Aktionen unterstreichen.

Einsatz der Bundeswehr

Die Gewerkschaft ÖTV wird aufgefordert, entsprechend der Beschlusslage vom Gewerkschaftstag 1992 in Nürnberg tätig zu werden und sich wieder auf ihren damaligen Beschluss B 61 zu besinnen und diesen zu bekräftigen.

„Die Gewerkschaft ÖTV spricht sich gegen jeglichen militärischen Einsatz von Einheiten der Bundeswehr außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland bzw. des NATO-Vertragsgebietes aus. Dies schließt ausdrücklich auch die Beteiligung von Wehrpflichtigen an Missionen der UNO (Blauhelme) ein. Jeder militärische Einsatz

der Bundeswehr bedarf der Zustimmung des Bundestages mit Zweidrittelmehrheit. Die NATO-Verträge sind entsprechend zu ändern.“ (B 61)

Waffenlieferungen an die Türkei

Die Gewerkschaft ÖTV erklärt ihre Solidarität mit allen Bestrebungen, Waffenlieferungen an die Türkei zu unterbinden. Im Brennpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung um Waffenexporte steht zur Zeit die Exportgenehmigung für 1000 deutsche Panzer an die Türkei. Eine weitere Aufrüstung der Türkei mit schweren Waffen verschärft die Konfliktlage einerseits in der Kaukasusregion, andererseits im Nahen und Mittleren Osten. Als Lohnabhängige haben wir von einer Machtpolitik mit militärischen Mitteln nichts Gutes zu erwarten, auch wenn sie im Rahmen der NATO erfolgt. Statt Milliarden für ein Aufrüstungsprogramm aufzuwenden, drängen wir darauf, diese Mittel auszugeben für den Wiederaufbau der durch Krieg zerstörten kurdischen Gebiete wie auch der durch Erdbeben verwüsteten westtürkischen Region. Die aggressive Militärpolitik geht immer noch einher mit schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte nicht nur der kurdischen Bevölkerung, sondern auch der für Frieden und Demokratie engagierten Türiinnen und Türiken.

Unsere Gewerkschaft kann nicht tatenlos zusehen, wie die Bundesregierung weiterhin Mittäter bleibt bei der Unterdrückung und Aufrüstung.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gilt unsere Solidarität besonders den kurdischen und türkischen Gewerkschaftern und Mitgliedern von Menschenrechtsgruppen, die für Frieden und Demokratie eintreten. Hier soll durch Kontakte und Austausch von Informationen tatkräftige Unterstützung ermöglicht werden. Dabei ist auch der Hauptvorstand der ÖTV gefordert.

Stopp für Waffenexporte

Der ÖTV-Hauptvorstand und DGB-Bundesvorstand werden aufgefordert, die Unterschriftensammlung und andere Aktivitäten der Friedensbewegung gegen die Waffenexporte, insbesondere in die Türkei, zu unterstützen und darüber hinaus eigene Aktivitäten zur Umsetzung unserer Beschlüsse gegen Rüstungsproduktion und -exporte und für Konversionsprogramme zu entfalten.

Stopp der Beförderung von zur Abschiebung vorgesehenen Flüchtlingen durch die LUFTHANSA GmbH

ArbeitnehmervertreterInnen, VertreterInnen von ÖTV und DAG im Aufsichtsrat der LUFTHANSA GmbH werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die LUFTHANSA GmbH keine zur Abschiebung vorgesehenen Flüchtlinge mehr befördert.

BDA: Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften schnell regeln. – HB, Mittwoch, 22.11.2000. – Ohne Zuzug ausländischer Arbeitskräfte werde Deutschland empfindliche Einbußen beim Wirtschaftswachstum erleiden. D. Philipp (Handwerkspräsident) und M. Kannegießer (Gesamtmetall) fürchten die Auswirkung des Geburtenrückgangs auf den Arbeitsmarkt in wenigen Jahren. Notwendig sei deswegen eine allgemein gültige Regelung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Kannegießer lobte das Zuwanderungskonzept der Grünen. Es entspräche den Vorstellungen der Arbeitgeber.

IW: Standort Deutschland wird besser. – Die Qualität des Industriestandortes Deutschland hat sich nach Auffassung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Köln, in den vergangenen Jahren verbessert. „Vorbildlich“ seien z.B. die geringe Anzahl der Streiktage in der jüngsten Zeit.

Freiraum für befristete 50-Stunden-Woche gefordert – HB, Montag, 27.11.2000. – „Es muss wieder möglich sein, bei flexiblen Arbeitszeiten in Hochkonjunkturphasen auch mal 50 Stunden in der Woche zu arbeiten“ fordert der künftige BDI-Präsident, der am Bündnis für Arbeit festhalten möchte, aber ein „Bündnis für mehr Freiheit und ein Bündnis für mehr netto“ daraus machen will.

Gleichstellungsgesetz wird von BDA-Präsident Hundt abgelehnt. – „Der Staat kann nicht seine Verantwortung bei der Wirtschaft abladen, indem er eine durch Unternehmen finanzierte Kinderbetreuung fordert“. Die Aufgabe, ausreichend Kinderbetreuung anzubieten, „darf nicht auf Unternehmen abgewälzt werden“. Hundt kritisierte das geplante Gesetz als neues Beispiel für die Regulierungswut der Bundesregierung, die den Arbeitsmarkt weiter zubetoniert.“

BDI-Chef: fehlender Ehrgeiz bei Bundesregierung. – HB, Dienstag, 28.11.2000. – M. Rogowski, neuer BDI-Präsident, will Mahner für mehr wirtschaftliche Freiheit für den verkrusteten deutschen Arbeitsmarkt sein: Bis 2002 sei es möglich, die Zahl der Arbeitslosen auf 3 Mill. zu senken. Voraussetzung sei, dass die Regierung mehr Freiheit bei befristeten Arbeitsverträgen und Teilzeitarbeit gewähre und auf regulierendem Eingriffe in den Arbeitsmarkt verzichte. Wenn das Betriebsverfassungsgesetz komme wie geplant, werde man sich vor Gericht wiedersehen.

Presseauswertung: rst

Am 20. November hat der PDS-Parteivorstand ein **Gewerkschaftspolitisches Aktionsprogramm der PDS bis 2002** beschlossen. Wir dokumentieren diesen Beschluss vollständig:

Parteivorstand und Bundestagsfraktion der PDS werden ihre Aktivitäten stärker als bisher mit den Gewerkschaften abstimmen, ihre Aktionstätigkeit unterstützen und in der parlamentarischen Arbeit einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen gewerkschaftlichen Handelns legen. Die meisten programmatischen Ziele der PDS sind ohne handlungsfähige Gewerkschaften nicht durchsetzbar, und viele gewerkschaftliche Forderungen brauchen parlamentarische Unterstützung.

Wir stellen fest, dass es bessere Bedingungen für eine Kooperation mit den Gewerkschaften gibt, seit sich das Verhältnis zwischen PDS und Sozialdemokratie zu normalisieren beginnt. Wir haben diese Normalisierung niemals unter dem vordergründigen Gesichtspunkt möglicher Koalitionen gesehen, sondern in erster Linie als Bemühung um gesellschaftliche Mehrheiten für eine Politik jenseits des Marktradikalismus und für mehr soziale Gerechtigkeit.

Solche Mehrheiten entstehen nicht allein durch Wahlen und auch nicht durch Tolerierungs- oder Koalitionsabkommen, sie sind in erster Linie das Ergebnis eines breit gefächerten Netzes von politischen Alltagsbeziehungen. Das gemeinsame Handeln in den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen ist dabei eine entscheidende Voraussetzung.

Eine gemeinsame Zukunftsdebatte führen

Die PDS verbindet mit den Gewerkschaften das gleiche Problem, nämlich gegen den Zeitgeist zu operieren. Wir stehen gemeinsam vor der Schwierigkeit, in einer Zeit tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche eine Politik sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit neu zu begründen. Wir schlagen deshalb eine engere Zusammenarbeit in der Debatte über alternative gesellschaftliche Entwicklungswege und die zukünftigen Dimensionen einer sozial gerechteren Gesellschaft vor.

1. Die PDS wird regelmäßig Diskussionsforen anbieten, zu denen sie insbesondere die Gewerkschaften einlädt, um mit ihnen Fragen wie die folgenden zu diskutieren:

- Wie lassen sich sozialstaatliche Standards unter den Bedingungen der europäischen Integration und der globalen Standortkonkurrenz erhalten und auch neue durchsetzen?
- Welche Strategien sind zukünftig noch in der Lage, die zunehmende Verteilungsungerechtigkeit zu überwinden, und welche Rolle kann in diesem Zu-

sammenhang noch der Flächentarifvertrag spielen?

- Gewerkschaften und politische Linke im Widerspruch zwischen Autonomie, Gestaltungsauftrag und gesellschaftlicher Opposition.

2. In der Programmdebatte, bei der Ausarbeitung von Wahlprogrammen und in den Arbeitsplanungen der Fraktionen werden wir künftig mehr auf gewerkschaftlichen Sachverstand zurückgreifen und den kritischen Dialog suchen.

3. Die Parlamentsfraktionen bemühen sich, zu allen parlamentarischen Anhörungen von gewerkschaftlichem Interesse Sachverständige aus den Gewerkschaften einzuladen.

4. Wir streben die Entwicklung regelmäßiger Arbeitsbeziehungen zwischen den Fachabteilungen der Gewerkschaften und entsprechenden Abteilungen in den Fraktionen und der Partei an.

Parlamentarische Initiativen der Bundestagsfraktion

1. Die PDS wird keiner Rentenform zustimmen, die das Rentenniveau weiter absenkt, die Privatisierung der Altersversorgung vorantreibt und die paritätische Beteiligung der Unternehmer an den Beiträgen zur Alterssicherung beendet. Davon unberührt, wird sie alle Möglichkeiten nutzen, um Verbesserungen im vorliegenden Gesetz durchzusetzen.

2. In die Debatte um die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes greift die PDS-Bundestagsfraktion mit einem Antrag ein, der auch Forderungen des DGB-Entwurfs aufgreift. Es ist unser Ziel, den Regierungsentwurf nicht nur dem Druck von rechts zu überlassen, die Debatte um die Vorschläge von DGB und DAG anzureichern und die Position der gewerkschaftlichen Kräfte in der SPD-Fraktion zu stärken. Zusätzlich wird die PDS Änderungsanträge zum Regierungsentwurf stellen und dabei die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften suchen. Wir werden alle parlamentarisch möglichen Mittel einsetzen, um eine Verhandlung über das Betriebsverfassungsgesetz im Bündnis für Arbeit zu verhindern.

3. Wir setzen uns für ein Auslaufen des Beschäftigungsförderungsgesetz ein. Das neue Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung, das durch eine EU-Richtlinie erforderlich wird, darf

keine sachlich unbegründeten befristeten Arbeitsverhältnisse mehr zulassen.

4. Wir werden eine parlamentarische Initiative zur Reform des Arbeitszeitgesetzes ergreifen, um den Überstundenabbau zu unterstützen, die gesetzliche Arbeitszeit zu senken und den Missbrauch des Gesetzes für sozial und gesundheitlich unverträgliche Arbeitszeiten zu verhindern.

5. Nachdem unser Antrag zur Beseitigung des Antistreikparagraphen (früher AFG § 116, heute SGB III §146) im Bundestag keine Mehrheit fand, werden wir bei der geplanten Reform des Sozialgesetzbuches III einen Antrag zur Beseitigung dieses Paragraphen einbringen.

6. Die PDS-Bundestagsfraktion wird einen Antrag zur Reform des Tarifvertragsgesetzes einbringen, um das Verbandsklagerecht der Gewerkschaften zu verankern und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern.

7. Alle Versuche, den Tarifvorrang und das Günstigkeitsprinzip auszuhebeln, werden wir mit entsprechenden parlamentarischen Initiativen entgegenwirken.

8. Eine Veränderung des Ladenschlussgesetzes mit dem Ziel, die Laden-



öffnungszeiten auszudehnen, lehnen wir ab.

9. Wir versuchen, mit unserem Gesetzesentwurf zu Übernahmen und Fusionen eine öffentliche Debatte über das legitime Schutzbedürfnis der Beschäftigten und die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte zu entwickeln.

10. Mit dem Entwurf eines Vergabegesetzes, insbesondere für die Bereiche Bau und ÖPNV, wollen wir die Diskussion über öffentlich garantierte Standards anregen und in Zusammenarbeit mit Landes- und Kommunalpolitikerinnen eine bundesweite Kampagne entwickeln.

Politische Unterstützung für gewerkschaftliche Aktionen und Kampagnen

Die PDS wird ihre politischen Schwerpunkte überprüfen und sich bemühen, der Unterstützung gewerkschaftlicher Aktionen und Kampagnen künftig ein noch größeres Gewicht zu geben. Dies gilt sowohl für unsere Arbeit in den Parlamenten als auch für die außerparlamentarische Arbeit der Basisgruppen, Kreise



Der PDS-Bundesvorstand will verstärkt gewerkschaftliche Forderungen aufgreifen und in Kampagnen umsetzen.



und Landesverbände. Erste Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich unsere Mitglieder selber als aktive Gewerkschafter engagieren und die Diskussion gewerkschaftlicher Probleme in der PDS einen höheren Stellenwert bekommt. Vorrangig für die kommenden zwei Jahre sind folgende Maßnahmen:

1. Wir werden auf allen parlamentarischen Ebenen und in den wichtigsten Gliederungen der Partei Verantwortliche suchen, die Kontakt zu den Gewerkschaften halten und am gewerkschaftlichen Leben teilnehmen.

2. Wir werden alle unsere Möglichkeiten nutzen, um die im Zuge der Bahnumstrukturierung geplante Vernichtung von bis zu 5.000 Arbeitsplätzen in den Ausbesserungswerken zu verhindern. Dies gilt in erster Linie für die Werke in Ostdeutschland, aber auch für andere Betriebsstätten wie die in Bremen. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass der Widerstand in den Regionen gestärkt wird.

3. Wir begrüßen die von der IG Metall entwickelte Kampagne „fair teilen“ und werden die dafür erarbeiteten Materialien nutzen, unsere eigenen bereits vorhandenen Materialien aktualisieren und für das Thema Verteilungsgerechtigkeit stärker in die Öffentlichkeit bringen. Die skandalöse und ungebremste Umverteilung von unten nach oben wird zu einem Schwerpunkt in den kommenden Wahlen gemacht.

4. Die Ausbildungsnot der Jugendlichen ist ein immer größeres Problem, das nicht nur die Zukunftschancen der Betroffenen verschlechtert, sondern die gesamte wirtschaftliche Entwicklung. Wir werden eine eigene Kampagne entwickeln, um das Thema wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

5. Das Leipziger Manifest der IG Metall zur Verringerung der Arbeitszeit in Ostdeutschland wird zusammen mit unserer parlamentarischen Initiative zur Reform des Arbeitszeitgesetzes in den Mittelpunkt einer Kampagne gestellt, mit der wir die Öffentlichkeit auf die Bedeutung der Arbeitszeitreduzierung für Beschäftigung und Lebensqualität aufmerksam

machen wollen.

6. Wir werden eine öffentliche Debatte über die Ladenöffnungszeiten organisieren, um sensibel für die Durchkommerzialisierung der Gesellschaft zu machen, um die noch stärkere Ausbreitung sozial unverträglicher Arbeitszeiten zu thematisieren und das Interesse kleiner Einzelhandelsbetriebe an der Begrenzung des Ladenschlusses zum Schutz vor der Verdrängungskonkurrenz durch Einkaufsmärkte und Warenhäuser

herauszuarbeiten.

Wir werden eine offene Mitgliederstruktur für Gewerkschafterinnen entwickeln

Die AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS ist in den vergangenen Jahren über eine begrenzte Arbeitsgemeinschaft hinausgewachsen und verfügt in den meisten Bundesländern über Landesstrukturen. Diese Entwicklung werden wir bis zur Herausbildung einer alle Regionen und die größeren Städte erfassenden Struktur weiterführen.

Entsprechend den Möglichkeiten unseres Statuts, das neben den territorialen Gliederungen auch themen- und personenbezogene Zusammenschlüsse vorsieht, schlagen wir der AG Betrieb & Gewerkschaft vor, dass sie zunächst auf Landesebene und wo möglich auch in den Regionen, eigenständig arbeitende Organisationen bildet, Vorstände wählt und regelmäßig arbeitende Basisgruppen gründet.

PS: Wir wissen, dass wir mit unserem gewerkschaftspolitischen Aktionsprogramm nicht nur die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verstärken werden, sondern auch die politische Konkurrenz mit der SPD. Wir erklären ausdrücklich, dass wir dies wollen. Es wäre ein großer Erfolg auf dem Weg zu einem gesellschaftlichen Mitte-Links-Bündnis, wenn sich die SPD nicht mehr nur Gedanken um ihren Ruf als wirtschaftsfreundlichste Partei machte, sondern mit uns um die größere Gewerkschaftsnähe konkurrieren müsste.

Am 2. Dezember forderte die PDS-Kreismitgliederversammlung Essen die Essener Ratsvertreterin Gabriele Giesecke auf, zurückzutreten. Dem Antrag des Kreisvorstandes folgten 24 der 40 anwesenden Stimmberechtigten, 12 stimmten dagegen, 4 enthielten sich. Vorausgegangen ist eine Monate dauernde Auseinandersetzung, ob Ratsvertreter der PDS Offenen Liste in Essen Journalisten ohne Rücksprache mit dem Kreisvorstand antworten dürfen und sich von menschenverachtenden Äußerungen aus Reihen der PDS distanzieren dürfen.

Zu der von einer PDS-Mitgliederversammlung erhobenen Forderung nach dem Rücktritt von Gabriele Giesecke erklären die beiden Ratsmitglieder der PDS, Gabriele Giesecke und Hans-Joachim Stahl:

„Die Forderung der PDS-Kreismitgliederversammlung ist für uns nicht nachvollziehbar. Morgens verabschiedete die Versammlung mit deutlicher Mehrheit einen Antrag, in dem es hieß, dass es „an der konkreten Tätigkeit im Rat, in den Bezirksvertretungen und den Ausschüssen wenig Kritik gab und gibt“. Nachmittags beschloss die gleiche Versammlung die Forderung nach dem Rücktritt der Sprecherin der Ratsgruppe. Da die Versammlung inhaltlich auch die Kritik von Frau Giesecke an der rassistischen, menschenverachtenden Äußerung eines Mitgliedes der PDS-Hochschulgruppe unterstützte, bleibt als Begründung für die Rücktrittsforderung also der Vorwurf, sie habe sich mit der PDS-Hochschulgruppe und dem PDS-Kreisvorstand nicht abgesprochen.

Dieser Vorwurf erinnert uns an Parteistrukturen, wie wir sie für längst erledigt hielten. Auch die Grünen haben einige Jahre gebraucht, um das Verhältnis zwischen der Partei und „ihren“ Mandatsträger/innen, zu klären, die immer wieder gerne als „Promis“ angegriffen wurden. Wir hoffen sehr, dass dies bei der PDS schneller geht.

Da keinem von uns Verstöße gegen Grundsätze vorgeworfen wird, für die wir aufgestellt wurden, werden wir jedenfalls beide unsere Mandate weiter wahrnehmen und uns bemühen, die Interessen der über 5.700 Wähler/innen der PDS Offenen Liste wahrzunehmen.

Im übrigen sehen wir im Umgang mit Frau Giesecke und in anderen Beschlüssen der Kreismitgliederversammlung eine Aufkündigung des Prinzips der „Offenen Liste“. Die PDS ist vor gut einem Jahr jedoch ganz bewußt als Offene Liste zur Kommunalwahl angetreten, d.h. auf ihrer Liste kandidierten auch etliche Nicht-PDS-Mitglieder aus linken Initiativen, Bündnissen und Organisationen. Diese offene Kooperation mit sozialen Bewegungen, jenseits von starren Parteistrukturen, wollen wir unbedingt erhalten. Auch Herr Stahl ist nicht Mitglied der PDS.“

Der Landessprecher der PDS Nordrhein-Westfalen teilt in einer Presseerklärung an die Essener Medien mit: „Die Rücktrittsforderung gegenüber Gabriele Giesecke halten ich auch weiterhin für nicht gerechtfertigt. Es gibt dafür praktisch keine inhaltliche Begründung. Im Endergebnis bleibt lediglich der Vorwurf, formale Schnitzer gemacht zu haben ... Mit dem Versuch der öffentlichen Demontage der Ratsvertreter ist weder dem Ansehen noch den Wahlchancen der PDS gedient.“

uld

Zusammenstellung: jöd

Beispiele von nicht nur lokaler Bedeutung

Sowohl die Unionsparteien als auch die Regierungskoalition betonen immer wieder, wie wichtig die Bildungspolitik „für Deutschland“ wäre. Computer an die Schulen, Defizit bei der naturwissenschaftlichen Ausbildung aufholen und ähnliches sind Schlagworte in dieser Diskussion. Die Absichten sind klar: Die Erfordernisse des Arbeitsmarktes und der internationalen Konkurrenz bestimmen die In-

halte der bürgerlichen bildungspolitischen Vorstellungen. Weniger Aufmerksamkeit und Beachtung finden kritische und linke Positionen, diese Diskussionen spielen sich mehr in Expertenkreisen oder auf lokaler Ebene ab.

Wir dokumentieren im folgenden drei Beiträge, die einen gewissen Eindruck geben und Anregung sein könnten.

AWO lässt Zukunftschancen von Kinder und Jugendlichen untersuchen

Arme Kinder sind „arm“ dran

In ihrem Sozialbericht, den die AWO innerhalb dreier Jahre vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) erstellen ließ, werden erstmals auch Untersuchungen über Umfang und Auswirkung von Armut an Vorschulkindern untersucht.



Von den etwa 3 Millionen Menschen, die 1998 Sozialhilfe bezogen, sind 1 Millionen Kinder und Jugendliche. Etwa eine gleich große Gruppe von Familien, die unterhalb der Sozialhilfegrenze leben, aber aus verschiedenen Gründen keine Sozialhilfe beziehen, kommt noch dazu. Daraus ergibt sich, dass 1998 jedes siebte Kind/Jugendlicher in einer Familie lebte, die als „(einkommens-)arm“ bezeichnet werden kann.

Allgemein gilt für Armut im Kinder- und Jugendalter:

- Armut gibt es in allen Regionen, auch in ländlichen Gegenden.
- Die Kinder leben überwiegend in vollständigen Familien.
- Armutsgefährdeter sind Kinder aus kinderreichen Familien, aber auch Kinder aus Kleinfamilien sind betroffen.
- Väter sind auch in armen Familien mehrheitlich berufstätig.
- Kinder und Jugendliche ohne deutschen Pass sind stark armutsgefährdet, dennoch besteht die Hauptgruppe aus deutschen Kindern.
- Unsicherer Aufenthaltsstatus führt extrem häufig zur Armut, obwohl die-

se Gruppe zahlenmäßig eine kleinere Rolle spielt.

Wie wirkt sich Armut auf die Entwicklung der Kinder im Vorschulalter aus

Unter dieser neuen Fragestellung wurde zunächst einmal die Bestimmung von „armen“ Haushalten und „Nichtarmen“ vollzogen, um dann die 60 Kindertagesstätten der AWO, mit ihren rund 900 sechsjährigen Kindern in diese Kategorien einzuteilen.

Es wurde „auf die gängigen wissenschaftlichen (Einkommensarmuts-)Konzepte zurückgegriffen: Zum einen wurde auf die politische Armuts Grenze (= Sozialhilfegrenze) Bezug genommen, zum anderen auf die 50-Prozent-Grenze relativer Einkommensarmut“ (also wer ein Einkommen von weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens hat). Daraus ergab sich, dass 26% aller Kinder der Gruppe der armen und 74% den nichtarmen Kinder zugerechnet werden.

Nochmals, arme Kinder gibt es in allen Regionen, dennoch ist es so, dass sie in Großstädten und sozialen Brennpunkten häufiger anzutreffen sind.

„In Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von weniger als 20000 liegt die Armutsquote bei etwa 18 Prozent, bei Kommunen mittlerer Größe (zw. 20000 und 100000 Einwohnern) liegt die Quote schon bei etwa 27%. In größeren Städten mit mehr als 100000 Einwohnern schließlich erreicht die Armutsbetroffenheit von Kindern im Vorschulalter schon fast ein Drittel.“

An vier Bereichen soll nun die Auswirkung der Armut deutlich gemacht werden:

Grundversorgung:

- 40% der armen Kinder (gegenüber 15% der nichtarmen) erbringen Zahlungen verspätet oder unregelmäßig
- sind körperlich nicht ausreichend gepflegt
- kommen hungrig in die Tagesstätte

Auffälligkeiten bzw. Einschränkungen zeigen sich bei

- 36% im Spielverhalten
- 38% Sprachverhalten gegenüber 16% der Nichtarmen, und
- 34% im Hinblick auf ihr Arbeitsverhalten gegenüber 18% der Nichtarmen.

„Weist ein Kind in einem der drei oben genannten ‚kulturellen‘ Bereiche Einschränkungen auf, so macht dies den re-

gulären Übertritt in die Regelschule deutlich unwahrscheinlicher. Arme Kinder, die ohnehin seltener den Übertritt in die Regelschule ‚regulär‘ mit sechs Jahren vollziehen (69 Prozent der armen Kinder versus 88 Prozent der nichtarmen Kinder), treten weniger häufig regulär in die Regelschule über, wenn sie in mehr als einem der Unterbereiche eingeschränkt beziehungsweise auffällig sind. Bei den nichtarmen Kindern nimmt die Wahrscheinlichkeit des Regelschulbesuchs mit der Anzahl der Auffälligkeiten beziehungsweise Einschränkungen stetig ab. Ist ein armes Kind in mindestens zwei der drei Bereiche eingeschränkt, so liegt die Wahrscheinlichkeit des regulären Eintritts in die Regelschule bei 38 Prozent. Die nichtarmen Kinder mit ähnlichen ‚kulturellen Auffälligkeiten‘ treten noch zu über die Hälfte (55 Prozent) regulär in die Regelschule über.“

Das erschreckende Fazit: Selbst bei vergleichbaren Voraussetzungen haben arme Kinder weniger Chancen für einen regulären Eintritt in die Regelschule als nichtarme Kinder!

Hinzu kommt noch die soziale Komponente: Arme Kinder werden in der Tagesstätte oft ausgegrenzt, sie werden gemieden, und es bedarf gezieltes pädagogisches Eingreifen, um sie in die Gruppe zu integrieren. Dadurch, dass sie häufig eher zurückhaltend sind, nehmen sie schwerer Kontakt zu anderen Kindern auf, zu Erwachsenen fehlt ihnen zunächst oft das Vertrauen, sie sind nicht so wissbegierig und neugierig wie Andere und nehmen weniger am Gruppengeschehen teil.

Kindzentriertheit und Armut

Der stärkste Faktor, der laut der Studie zu Auffälligkeiten bzw. Defiziten bei Kindern führt, ist das Ausmaß der von der Familie gemeinsam unternommenen Aktivitäten („Kindzentriertheit“), erst an zweiter Stelle findet sich die Armut.

Gemeinsame Unternehmungen am Wochenende können also zumindest im Vorschulalter den Armutsfaktor kompensieren. Treffen Armut und geringe Kindzentriertheit allerdings aufeinander, sind erhebliche Einschränkungen beim Kind zu beobachten.

Unterscheidung von Lebenslagen der Vorschulkinder

Auch hier wird nochmals unterschieden

in drei Bereiche:

- Wohlergehen, das Kindeswohl ist gewährleistet, es liegen aktuell keine Einschränkungen vor
- Benachteiligung, es liegt in einigen Bereichen aktuelle Einschränkungen, bzw. Auffälligkeiten vor, das Kind kann als benachteiligt betrachtet werden.
- Multiple Deprivation, das Kind ist in mehreren zentralen Lebenslagen eingeschränkt

„Von allen Kindern im Vorschulalter der Untersuchungsgruppe leben 40 Prozent im Wohlergehen, bei 40 Prozent muss die Lebenssituation als benachteiligt und bei 20 Prozent als multipel deprivierend charakterisiert werden ... Wird die Verteilung der Lebenslagetypen getrennt für arme und nichtarme Kinder betrachtet, so wird deutlich, dass arme Kinder bereits im Vorschulalter „arm dran“ sind: Während nur knapp ein Viertel (24 Prozent) der armen Kinder in keinem der zentralen Lebenslagenbereiche benachteiligt ist (Wohlergehen), ist es unter den nichtarmen Kindern fast die Hälfte (46 Prozent).“

Genauer wurde nochmals an zwei Gruppen untersucht, welche Faktoren besonders deprivationsgefährdet sind, bzw. welche Faktoren das Wohlergehen begünstigen.

In der ersten Gruppe können folgende Faktoren eine negative Rolle spielen:

- Ungesicherter Aufenthaltsstatus, Eltern sprechen kein Deutsch • Armut • Arbeitslosigkeit • kinderreiche Familie • Ein-Eltern-Familie

Positive Faktoren hingegen sind:

- Deutschkenntnisse mindestens eines Elternteils • keine Überschuldung • keine beengten Wohnverhältnisse • gutes Familienklima • gemeinsame Familienaktivitäten.

Diese Untersuchung zeigt, was getan werden müsste und könnte, um Kindern gleiche Chancen, egal in welcher Lebenslage sie sich befinden, zu gewähren. Dass das Interesse von Politik und Wirtschaft hier nicht sehr groß ist, ist zur Genüge bekannt. Schon lange wird in Kauf genommen, dass ein gewisser Teil von Menschen einfach abrutschen und am Rande leben, nicht selten auch im Elend, und dort nicht mehr herauskommen.

Allerdings könnte gerade aus den Kindertageseinrichtung eine Bewegung sich entwickeln, die hier entgegenwirkt. Zum einen müsste sich gerade dort mit der Problematik auseinandergesetzt werden, anstatt die Augen zu verschließen, und die Benachteiligung der Kinder als gegebenes Übel hinzunehmen, dann könnte vielleicht die politische Kraft entwickelt werden, notwendige pädagogische Konzepte umsetzen zu können, Hilfen einzufordern und Druck für eine noch nicht veraltete Forderung nach Chancengleichheit aufzubauen.

In den Schulen ist die Beschäftigung mit diesem Thema längst überfällig. *unb*
Quelle: Frankfurter Rundschau, 26.10.00

GEW Bayern fordert: Kultusministerium soll Schulbuch zurückziehen

Problematische Darstellung des Holocaust und der Entstehung von Ausländerfeindlichkeit

Staatssekretär Freller hat vor dem bayrischen Landtag dem Kultusministerium Vorbildlichkeit beim Kampf gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit bescheinigt. Nicht gewusst hat er vermutlich, dass sein Ministerium für Bayerns Hauptschulen erst 1998 auf der Grundlage des neuen Hauptschullehrplanes das in Sachen Holocaust und Ausländerfeindlichkeit problematische Schulbuch „Menschen, Zeiten, Räume“ (8. Klasse) zugelassen hatte. Im Herbst des gleichen Jahres noch erfuhr das Ministerium von der Problematik, die weder dem Herausgeber des Schulbuches, zugleich Leiter der entsprechenden Lehrplankommission, noch seinen Autoren oder den Verlagsmitarbeitern aufgefallen war und auch von den Gutachtern des Ministeriums nicht beanstandet wurde.

In diesem Buch werden die Hauptschüler in der Zusammenfassung des Kapitels „Gewalt im Alltag“ mit einem Zitat des französischen Philosophen Alain Finkelkraut konfrontiert, das an Missverständlichkeit kaum zu überbieten ist: „Aggressivität entsteht nicht, wenn Menschen zusammen sind, die sich gleich oder ähnlich sind, sondern Aggressivität entsteht [oft] dann, wenn sich ein Unbekannter oder Außenseiter in einer Gruppe befindet. Das fremde Verhalten stört den häuslichen Frieden und das Gewohnte wird [manchmal] durch eine beunruhigende Fremdartigkeit bedroht“. Danach ist letztlich der Fremde an der gegen ihn gerichteten Aggression selbst schuld. In einem Brief an die GEW vom 29.12.1998 hat auch der zuständige Verlagsredakteur bestätigt, dass hier ein „Missverständnis“ aufkommen kann, das das Ziel einer Erziehung zu Toleranz verfehlen würde.

Ebenso zu beanstanden ist, dass die Kapitel, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen, an vielen Stellen nicht den deutsch-israelischen Schulbuchempfehlungen entsprechen. So wird entgegen den Empfehlungen in einigen Fällen die NS-Terminologie unkritisch verwendet, etwa wenn auf Seite 184 von der Judenfrage (ohne Anführungszeichen) die Rede ist. In einem Fall wird, wiederum ohne Anführungszeichen, sogar die Formulierung des KZ-Kommandanten Höß im Begleittext zu den Dokumenten aufgegriffen, wenn es heißt, „...vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen gingen sofort in die Gaskammern“. Wer die Frage der fehlenden Anführungszeichen für Haarspalterei hält, ist daran zu erinnern, dass bei gleicher Thematik sogar ein Bundestags-

präsident wegen nicht gesprochener Anführungszeichen zurücktreten musste.

Weiterhin besteht das abgedruckte Quellenmaterial der Kapitel „Entrechtung und Verfolgung“ (S. 186f.) und „Vernichtung des europäischen Judentums“ (S. 184f.) ausschließlich aus Dokumenten der Täter und Mörder. Die Perspektive der Opfer kommt entgegen der Forderung der deutsch-israelischen Schulbuchempfehlungen in den Dokumenten nicht vor. Eine Übersicht über „Entrechtung und Verfolgung“ (S. 169) endet mit dem Oktober 1941 und dem Hinweis „Juden wird die Auswanderung verboten“ – der Holocaust wird hier nicht erwähnt, findet sich auch nicht im Register...

Die Liste ließe sich fortsetzen. Quasi als „Höhepunkt“ könnte der mehrdeutige in Schmuckschrift abgedruckte Ausspruch Hitlers auf Seite 198 angesehen werden: „In diesem Kriege siegt nicht das Glück. Sondern endlich einmal das Recht“, heißt es hier.

Die hier aufgegriffene Problematik ist dem Kultusministerium seit 1998 be-



kannt und wurde auch Ende 1999 in einem Gespräch zwischen Vertretern der GEW und des Kultusministeriums angesprochen. Zwei Jahre lang wird also inzwischen an einer Revision gearbeitet, die nach Informationen der GEW bis heute jedoch nicht vorliegt.

Angesichts der in der Öffentlichkeit erhobenen berechtigten Forderung, dass auch die Schulen ihren Beitrag zur Bekämpfung des akuten Rechtsextremismus zu leisten haben, fordert die GEW das Kultusministerium auf, die Zulassung für die an vielen Stellen mangelhafte erste Auflage des Schulbuches sofort zurückzuziehen und dafür Sorge zu tragen, dass dieses Buch nicht mehr in den Schulen verwendet wird bzw. dass diese Bücher gegen eine entsprechend überarbeitete Ausgabe ausgetauscht werden, ohne dass den Schulen dadurch Kosten entstehen.

Im Auftrag des Landesvorstands: Wolfram Bundesmann, Geschäftsführer

Mit Blick auf die Bürgerschaftswahlen

Linke Opposition in Hamburg diskutiert linke Bildungspolitik

Dass sachkundig, sachlich, engagiert und dennoch kontrovers auf öffentlichen Versammlungen der PDS diskutiert werden kann, zeigte die jüngste öffentliche Diskussion mit Kindergarten-, Eltern-, Studentenorganisationen und gewerkschaftlich organisierten Lehrern unter

dem Titel: „Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik – im Jahr vor den Wahlen – wie kommen wir in Bewegung“. Der neu gewählte Landesarbeitsausschuss, die Strömung „Linker Dialog“ und die AG Bildungspolitik hatten eingeladen – und der typisch unordentliche Kunstraum im Kaifu-Gymnasium war bis auf den letzten Platz gefüllt. StudentInnen, Eltern, SchülerInnen und SozialpädagogInnen waren in der Mehrzahl – trotzdem beteiligten sich zahlreiche Lehrer, auch wenn sie breit ihre GEW-Probleme aufblätterten.

In der ersten Runde ging es um die Frage, ob die Linke eine gemeinsame Vorstellung von dem „doppelten Prozess der Erziehung und Bildung“ hätte. Bildungsfragen seien gesellschaftliche Fragen, bedeuten individuelle und gesellschaftliche Entwicklung. Das emanzipativ-kritische Subjekt, das sich die Welt aneigne – das stehe für die Linke im Mittelpunkt. Das bedeutet: Breite Sozialkompetenz (von Teamfähigkeit über Friedenspädagogik bis zu antifaschistischer Erziehung) oder, wie Bourdieu es nennt, Entwicklung „des sozialen und kulturellen Kapitals“. Schon in den Eingangsaussagen ging es so grundsätzlich zu. Da wurde Comenius (1592–1670, Begründer des Empirismus in der Pädagogik) zitiert, Kinder sollten alles und das ganzheitlich lernen – was gegen Elitebildung für wenige und Sozialpädagogik für den Rest stehe, wie es die gegenwärtige herrschende Bildungspolitik vertrete. Gleichheit der Chancen für alle, aber auch gleich hohe und breite Bildung für alle – das sei die Position der Linken – und nicht „jedem seine Chance“ (G. Behler, SPD). Und das bedeute „eine Schule für alle Kinder“, die Gesamtschule, und nicht Selektion, worin sich Hamburg nur wenig von Baden-Württemberg unterscheide, wie ein Podiumsteilnehmer berichtete, der kürzlich umgezogen ist. Das bedeute auch, vom ersten Lebensjahr an lebenslang einen Lernprozess zu organisieren – und nicht nur von Kosten, Betreuung zu reden, wie es in Hamburg z.B. im Kita-Bereich geschehe, wo es zwar zahlreiche Gutachten zu allem Möglichen gebe, aber nicht eines zu pädagogischen Fragen in der Kita, wie der SOAL-Vertreter Kai Figuth anmerkte.

Uwe Giffei (Regenbogen) plädierte dafür, der Bildungspolitik eine andere Richtung zu geben: Nicht Wissensgesellschaft als Standortfaktor, sondern Bildung als Prozess, der erst Demokratie ermögliche. Bildung und Ausbildung dürften nicht auf Marktfähigkeit verkürzt werden. Ganztagschulen sollten deshalb offensiv gefordert, Kitas müssten kostenlos sein. Horst Bethge (PDS) sprach sich in Anlehnung an die UNESCO-Definition für eine allgemeine, breite Grundbildung aus, die Einsichten in gesetzmäßige Entwicklungsprozesse in Natur und Gesellschaft ermögliche und den Menschen befähige, auch gegenüber der technologischen Entwicklung menschliche Hand-

lungsfähigkeit zu gewinnen. Er machte darauf aufmerksam, dass in Zukunft mehr und mehr Wertschöpfung durch den Lernprozess selbst erfolge. Setze der Neoliberalismus die Marktfähigkeit aller Individuen stillschweigend voraus, hätte die Politik der „neuen Mitte“ zum Thema, die Menschen marktfähig zu machen, wozu Bildung einen besonderen Stellenwert bekomme. Herrmann Schwarz (GEW) ermunterte die Linke, mehr vom Bildungsbegriff zu reden und von daher das Bildungssystem zu betrachten und zu verändern. Bilden geht nur als sich bilden, insofern ginge es um eine andere Subjekt-Objekt-Verteilung. Aber der Lehrer sei selber in einer Objektkontrolle: Das System ziele den outputorientierten und -kontrollierten Bildungsdienstleister an.

In der lebhaften Diskussion wurde nach den Interessen gefragt, die hinter den Konzepten stünden, und welche Hindernisse bestünden, sich gemeinsam zu wehren. Für alle Jugendlichen wurde massiv eine qualifizierte Ausbildung eingefordert – wenn die Wirtschaft das nicht leisten wolle oder könne, müsse der Staat eintreten. Ausführlicher wurden Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung diskutiert, z.B. in der Frage der Zensurengebung. Angedeutet wurde, dass die Rahmenbedingungen für alle Zweige des Bildungswesens deutlich verbessert werden müssten, wozu in Hamburg auch das Geld da sei. Darum müsse eine außerparlamentarische Opposition deutlich auftreten, um in den Parteien etwas zu verändern – so Lothar Hüneke von

der Arbeitsgemeinschaft der Elternräte an Gesamtschulen. Kontrovers war die Einschätzung des Veränderungswillens in der Bevölkerung und auch der Schülerschaft. Sind die alt gewordenen 68-er noch an Veränderung interessiert? Konzentrieren sich die Gewerkschaften nicht zu sehr auf Co-Management?

Nach fast dreistündiger Diskussion musste die heftige Diskussion nach dem Klingelzeichen des Hausmeisters abgebrochen werden mit der Verabredung, sich Anfang Dezember auf der Straße bei den Protestaktionen von GEW und SchülerInnenkammer und am 20. Januar beim stadtpolitischen Kongress der Linken zur Fortsetzung wiederzutreffen.

Nachzutragen bleibt zweierlei: Erstens dass unter der Linken ein großer Diskussionsbedarf besteht, denn viele Fragen mussten vorerst offen bleiben. Öffentliche Diskussionen unter nichtintegrationistischen Linken sind in dieser Stadt nach dem Regierungsantritt immer noch Mangelware. Zweitens: Da auf einer ersten Versammlung mit demselben Referentenkreis im Juni eine bildungspolitische Bilanz des rot-grünen Senats gemeinsam zusammengetragen wurde – sie lag schriftlich im Einladungsflugblatt vor – konnte mehr in die Tiefe diskutiert werden. Und es zeigten sich große Übereinstimmungen in diesem linken Spektrum. Also eine gelungene Auftaktveranstaltung des neugewählten PDS-Landesarbeitsausschusses und der AG Bildungspolitik, die zugleich den großen Diskussionsbedarf zeigte. *H.B.*

4. bis 7. Januar in Sondershausen, Thüringen

Linke Winterschule 2001

Seit 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch, auch in diesem Winter wieder mit drei Kursangeboten.

AG Geschichte

Sozialistische Demokratie oder Diktatur des Proletariats

Versuch einer Auseinandersetzung an den Beispielen Kronstadt 1921 und Märzaktion der KPD

„Die Fragen aber, welche die Kronstädter Kommune dem Sozialismus so-wjetischen Typs gestellt hatte, blieben virulent, erwiesen sich als ‚objektiv‘ im Marxschen Sinne. Als unerledigte Probleme tauchten sie immer wieder auf: 1937 beim Kampf der POUM in Spanien, 1953–1956 in der DDR, in Volkspolen und der ungarischen Volksrepublik, 1968 in der europäischen und nordamerikanischen Bewegung, insbesondere beim Prager Frühling, 1981 bei der polnischen Solidarnosc. 1989 in ganz Mittel- und Osteuropa.

Und sie sind auch heute unbeantwortet: soziale Gerechtigkeit, Befreiung der Arbeit und Selbstbestimmung der Massen.“ (Dieter Strützel)

Ablauf:

Donnerstag Nachmittag: Theoretische Debatte zu: Diktatur des Proletariats oder sozialistische Demokratie 1918/19 mit Auszügen aus Kautsky, „Die Diktatur des Proletariats“, Lenins „Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats“ und aus Rosa Luxemburgs „Fragment zur Russischen Revolution“.

Freitag Vormittag: Zum Selbstverständnis der Kommunistischen Partei mit Auszügen aus den Reden Sinowjews und Rakosis auf dem II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1920, „Die Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ (21 Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale) sowie Auszüge aus der Rede Rudolf Hilferdings auf dem USPD-Parteitag in Halle 1920

Freitag Nachmittag: Der Kronstädter Aufstand März 1921. Mit Dokumenten zu Kronstadt und dem Kronstadtkongress 1971 Berlin (West) sowie dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands im März 1921. Grundlage ist auch der Text von Dieter Strützel „Kronstadt 1921“

Samstag Vormittag: Fortsetzung „Der Kronstädter Aufstand März 1921“

Samstag Nachmittag: Märzaktion der KPD 1921, Referent: Klaus Kinner, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Auszüge aus Paul Levi „Unser Weg – Wider den Putschismus“ und Lenins Brief an die deutschen Kommunisten 1921

Sonntag Vormittag: Fortsetzung „Märzaktion der KPD 1921“

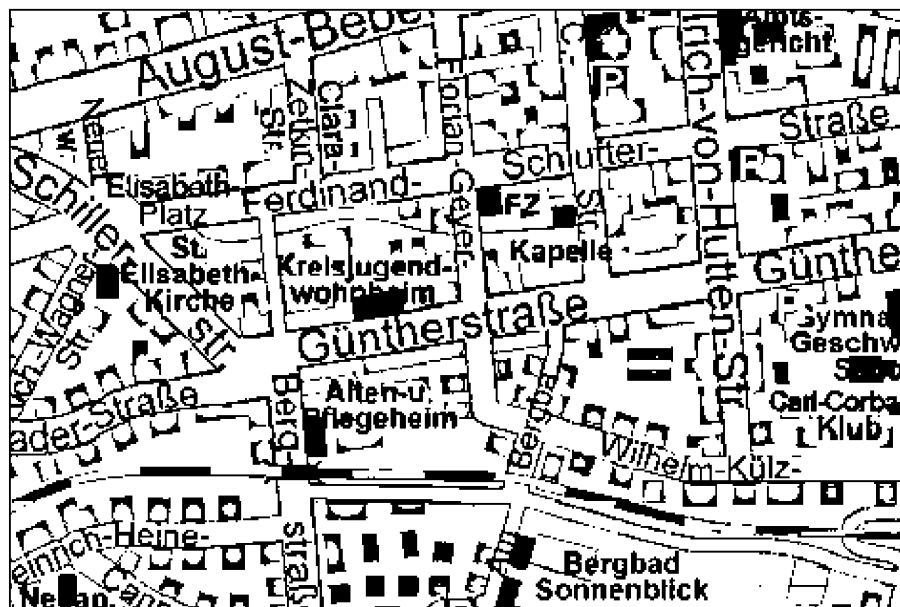
AG Philosophie

Wir wollen uns mit den philosophischen Fragen der Diskussion um die „Künstliche Intelligenz“ (KI) befassen.

Einer der Päpste der „Künstlichen Intelligenz“, der Wissenschaftler Ray Kurzweil, macht in seinem 1999 erschienenen Buch „Homo sapiens“ die Vorhersage, dass der Mensch durch Verschmelzung mit der Robotertechnik tendenziell Unsterblichkeit, Allwissenheit und Allmacht erringen wird. Dieses erklärte Ziel liegt noch weit in der Zukunft. Die Auflösung der Personalität des Menschen, die mit der Verfolgung dieses Ziels einhergeht, nimmt heute zum Beispiel in Verfahren zur Herstellung von Chimären aus Mensch und Tier (und seine Patentierung) Gestalt an. Kritiker sehen in der Weltanschauung, die in der „KI“-Forschungsrichtung zum Ausdruck kommt, einen „Rückschritt des Denkens, der nicht weniger überwältigend ist als der Fortschritt der Technik“ (Paoli).

Welche Vorstellungen vom Menschen, von Gesellschaft liegen einer Wissenschaft und Technik zugrunde, die die Umwandlung des Lebens betreibt? Welche Auswirkungen auf das Menschenbild und auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sie? Ist die technische Entwicklung in eine solche Richtung unausweichlich, weil, wie Wissenschaftler, die sie betreiben, behaupten, jede Technik, die möglich ist, auch erprobt und entwickelt werden wird? Oder hat die Gesellschaft eine Wahl, und was kann sie diesbezüglich tun?

Wir beginnen den Kurs mit der gemeinsamen Lektüre mehrerer Aufsätze zum Thema „Künstliche Intelligenz“, die im Sommer im Feuilleton der „FAZ“ erschienen sind. Ziel ist, auf Grundlage dieser Texte philosophische Fragestellungen herauszuarbeiten, denen wir mit Hilfe weiterer Texte nachsteigen wollen, verschiedene Fragestellungen wie: Was ist Denken? Was ist der Mensch? Was unterscheidet den Gegenstand der Naturwissenschaften vom Gegenstand der Gesellschaftswissenschaften, und welche Schlussfolgerungen für die Naturwissen-



Wann?

Donnerstag, 4. Januar, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis maximal Sonntag, 7. Januar, mittags

Wo?

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99706 Sondershausen, Tel. (0 36 32) 78 22 59
Übernachtung/Tag: Doppelzimmer Gäste-

bereich DM 30,00; Einzelzimmer Gästebereich DM 40,00; Doppelzimmer Azubibereich: DM 25,00. Vollverpflegung incl. Kaffee: DM 32,50/Tag

Anmeldung

(möglichst bald und verbindlich) bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

schaftliche Planung sind daraus zu ziehen?

Noch einmal soll bekräftigt werden, dass wir uns mit „KI“-Diskussion unter solchen philosophischen Fragestellungen auseinandersetzen wollen und dass deshalb naturwissenschaftliche Kenntnisse keine Voraussetzung sind; einige Probleme, die für das Verständnis der „KI“-Diskussion von Belang sind, können wir uns gemeinsam erarbeiten.

Die Texte, die wir lesen wollen, werden zu Kursbeginn kopiert vorliegen. Ihre Auswahl ist noch nicht abgeschlossen. Hinweise sind erwünscht.

Christiane Schneider

AG Wirtschaft

„Standort“

Schwerpunktthema ist diesmal die Auseinandersetzung mit dem Komplex ökonomischer, politischer und kultureller Faktoren, die in der öffentlichen Diskussion unter dem Stichwort „Standort“ umstritten sind. Merkmal von Standortfaktoren ist, dass sie in der Kostenkalkulation der Unternehmen wirken, ohne dass diese durch eigene geschäftliche Dispositionen daran viel ändern können. Klassisches Beispiel dafür sind die Transportwege zu den Märkten. In der neueren Diskussion wird der Standortvor- bzw. -nachteil viel weiter gefasst. Es ist ein Kampfbegriff, der immer auf-

taucht, wenn Unternehmen Forderungen an die Gesellschaft bzw. an die staatliche Ordnung richten.

Block 1: Die aktuelle Standortdiskussion im Zusammenhang der Globalisierung. Referat und Dokumente.

Block 2: Die ökonomische Lehre vom Standort, klassische Texte, namentlich Thünen (Standort) und Marx (Bildung und Ausgleich der Profitrate)

Block 3:

a) Standortentscheidungen aus der Sicht der Kostenkalkulation der Unternehmen.

b) Standortpflege aus der Sicht der Politik am Beispiel Bayern/CSU

Block 4: Politische Folgerungen für gewerkschaftliche Interessenvertretung und Reformpolitik

a) Rückgriff auf Rawls, Theorie der Gerechtigkeit als Fairness, es werden Thesen vorgelegt.

b) Positionen aus den DGB-Gewerkschaften

c) Die Auseinandersetzung um das M.A.I.

Wer sich an der Vorbereitung beteiligen möchte, wende sich bitte an die Vorbereitungsgruppe (Christoph Cornides, Martin Fochler, Rüdiger Lötzer)

Die Kursunterlagen werden als Kopien zur Verfügung gestellt. Die Vorbereitungsgruppe hofft, in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte genauere Angaben zur Literatur machen zu können.

7./8. Dezember, Nizza (F): EU-Gipfel in Nizza, Thema: EU-Reform (u.a. Stimmengewichtung im Rat, Größe der Kommission, qualifizierte Mehrheit [<http://www.france.diplomatie.gouv.fr/europe/>]) und Demonstration (7.12.) dagegen Motto: „Auf nach Nizza“ [<http://www.labournet.de/termine/nizza.html>] der Euromärsche [<http://www.euromarches.org/>], (08.12.) „Besetzung der Stadt“, weitere infos auch <http://www.attac.org/nice2000/index.html> Kontakt: Bundeskoordination Euromärsche c/o IG Medien, Dudenstr. 10, 10965 Berlin, Tel. (über SoZ Köln): 0221/9231196, Fax: 0221/9231197. E-Mail: soz@link-lev.dinoco.de Internet: <http://www.euromarches.org/deutsch/index.htm>

9./10.12., Leverkusen: Wochenendseminar „Wie kommt der Militarismus in die Köpfe?“ Themen/AGs: - Was ist der Militärisch-Industrielle-Komplex heute? Wie funktioniert MIK? mit Winfried Wolf (MdB PDS); - Wie ist das Verhältnis von Bundeswehr und Neofaschismus? mit Gerd Deumlich (Redakteur der „Marxistischen Blätter“); - Welche Denkfabriken für Militärstrategien gibt es und wo sind Schnittstellen zu Denkfabriken der Neofaschisten? mit Landesneofaschismuskommision NRW; - Über welches Netz an Publikationen, Verlagen und Medienagenturen verfügt der Militärisch-Industrielle Komplex? mit Uli Sander (VVN-BdA); - Die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ mit Thomas Müller (Autor Jungle World); - Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge, Volkstrauertag und Totensonntag: Aktivposten der Militarisierung mit Kurt Heiler (VVN-BdA Aachen), VA: VVN-BdA Kommission Neofaschismus, Hartmut-Meyer-Archiv Kontakt: Landesverband NRW e.V. der VVN-BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel.: 0202/450629, Fax: 0202/450629. Internet: <http://www.vvn-bda.de/nrw>

9. Dezember, Hannover: Umbau statt Abbau - Beiträge für eine moderne Sozialpolitik. 10.00 bis 18.00 Uhr, Hannover, Pavillon, Lister Meile 4, Forum zum Wandel der Arbeitsgesellschaft und den Folgen für den Sozialstaat, u.a. mit Hans-Jürgen Urban, Benjamin Mikfeld, Axel Gerntke, Felix Welti, Andrea Nahles. Infos/Anmeldung: Juso LV Niedersachsen, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover; e-mail: ulf-birger.franz@hks13.de; www.hks13.de

16. Dezember, Leipzig: Potenzen von Genossenschaften für eine soziale und ökologische Regionalentwicklung. Der PDS-Parteivorstand lädt dazu ein. Ab 10 Uhr in Leipzig, Harkortstr. 10

4. bis 7. Januar, Sondershausen: Linke Winterschule 2000/2001. Themen der drei Kurse im Inneren dieses Heftes.

14. Januar, Berlin: Liebknecht-Luxemburg-Demonstration. 10.00 Uhr, U.Bhf. Frankfurter Tor, von dort zur Gedenkstätte der Sozialisten

25. Januar - 11. Februar, Köln: Ausstellung „Erinnern - eine Brücke in die Zukunft“ - Projekte im Rahmen des Gedenktages am 27. Januar. Kontakt: NS-Dokumentationszentrum EL-DE-Haus, Appelhofplatz 23-25, 50667 Köln, Tel.: 0221/221-26336, Fax: 0221/221-24154 E-Mail: nsdok@netcologne.de Internet: <http://www.museenkoeln.de/ns-dok>

22. Februar, München: Hauptversammlung der Siemens AG, Olympiahalle, Kritische Aktionäre protestieren gegen Atomenergie und für Zwangsarbeiter-Entschädigung. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com. Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

18. März 2001: Kommunalwahlen in Hessen

25. März: Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

Aufruf an bildende Künstlerinnen und Künstler im In- und Ausland!

Glaubt ihnen nicht, wenn sie euch freundschaftlich auf die Schultern klopfen und sagen, die Unterschiede wären nicht mehr der Rede wert und es bestände kein Anlass mehr zu Streitigkeiten, denn dann sind sie ganz auf der Höhe ihrer neuen Burgen aus Marmor und Stahl, von denen sie die Welt ausgeraubt, unter der Devise, sie verbreiten Kultur.

Unser Ziel ist es, eine Kunstausstellung in verschiedenen Städten der BRD zu organisieren, die der Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Freilassung der Gefangenen aus der RAF sichtbaren und spürbaren Nachdruck verleiht.

Die Sehnsucht der Menschen nach einer sozialen und gerechten Welt lebt weiter - auch in Gemälden, Skulpturen und Zeichnungen. Die Menschlichkeit, die Leidenschaften, die Stille und die Liebe, die aus euren Kunstwerken spricht, kann Menschen inspirieren, dem staatliche Kalkül, seine Gegner in endloser Gefangenschaft zu zerstören, entgegenzutreten.

Der politische Wille der BRD-Justiz, die Gefangenen aus der RAF nach mehr als 15 und 20 Jahren Haft nicht freizulassen, steht bis

heute wie ein Panzer vor den Gefängnissen in Aichach, Bruchsal, Schwalmstadt, Preungesheim, Frankenthal ...

Jeder weitere Angriff des Staates auf die physische und psychische Integrität der politischen Gefangenen, die fortgesetzte Verweigerung der Freilassung nach vielen Jahren der Isolation muss sich vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Kräften gegenübersehen:

Menschen, die dieser Quälerei in den Knästen würdig und frei entgegengetreten mit ihrer Forderung - DIE GEFANGENEN RAUS - SOFORT !!

Das Unrecht geht einher mit sicherem Schritt, sagt Brecht im Lob der Dialektik. Und wir wissen auch, dass Solidarität entstehen wird, wenn Menschen sich begegnen und sich entscheiden, dem Staat die Verfügungsgewalt über das Leben der politischen Gefangenen abzusprechen. Das ist unsere Hoffnung, die wir mit euch teilen möchten.

Es würde der Freiheit nutzen, wenn ihr mit uns seid - unsere Initiative unterstützt mit einem Bild, einer Skulptur, einer Zeichnung.

Kontakt:

Freiheit jetzt!
PF 360442
10974 Berlin
16. November

Wir wollen die Ausstellung „FIN-GERABDRÜCKE“ nennen. Einerseits als Bezug zu den Gefangenen, andererseits und für die Ausstellung konkreter im Sinne von Peter Hacks: „Kunstwerke sind Fingerabdrücke der Seele“. Die Volksbühne in Berlin hat den Zeitraum Februar bzw. Anfang März 2001 vorgeschlagen.

Teilnehmende Künstlerinnen und Künstler (Malerei, Graphik, Skulpturen, Photographie, Installationen, Film):

Joachim John, Neu Frauenmark
drei Radierungen
Thomas J. Richter, Berlin
Malerei
Linde Bischof, Berlin
zwei Lithographien
Rolf Biebl, Berlin
ein Druck und eine Skulptur
Ingeborg Hunzinger, Berlin
zwei Skulpturen
Jörg Möller, Berlin
zwei bis vier Schwarz-Weiß-Fotografien

Cajus J. Spillner, Eibergen in NL
ein Linolschnitt, zwei
Holzdrucke, eine Holzskulptur
Lennard Körber, Berlin
Malerei (Öl)
Jakobine Engel, Berlin
Videoinstallation, zwei bis
vier Bildschirme
Wolfgang Szepansky, Berlin,
ehem. KZ-Gefangener
zwei Linoldrucke
Mariele Bergmann, Berlin
eine lebensgroße Plastik
Achim Göbel, Karlsruhe
eine Fotografie
Marilyn Stroux, Hamburg
eine Fotografie
Uta Schneider, Speyer
Malerei
Tom Gefgen, Bremen
Installation
Marikke Heinz Hoek, Bremen
ein Druck
Th. Ellermann, Bremen
noch offen
Prof. Rudolf Hägele (†)
Malerei / Mischtechnik
Ein Grußwort erhielten wir von
dem Berliner Schriftsteller Dr.
Gerhard Branstner

*Im Namen der Angehörigen,
Freundinnen und Freunde politischer
Gefangener in der BRD*